

Jahresbericht 2023/2024

NRW STANDORT STÄRKEN!

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.





Bankers Meeting Deutsche Bundesbank



Vorstandsreise nach Berlin mit BMAS-Staatssekretärin Kerstin Griese (SPD)



Arbeitsmarktpolitischer Beirat der Regionaldirektion NRW



Konferenz Mittelstandsbeirat der Landesregierung



Vorstandsreise nach Berlin mit Reinhard Houben und Carl-Julius Cronenberg (beide FDP)



Regulation-Overload-Veranstaltung im NRW-Justizministerium



Präsident Kirchhoff bei Internationaler Kartellkonferenz, Berlin



Bonner Wirtschaftstalk zum Thema New Work mit Tanja Nackmayr



Vorstandsreise nach Berlin mit Hildegard Müller (VDA)



Präsident Kirchhoff bei der Solutions Veranstaltung, Ostwestfalen-Lippe



#NieWiederIstJetzt und #WeRemember – Dialog zur Stärkung der Demokratie

Fotos: unternehmer nrw, RD NRW, MWIKE, Justizministerium, Ralf Jürgens, It's owl

- 02**
VORWORT
**WIR MÜSSEN
UNSEREN STAND-
ORT STÄRKEN!**
- 04**
NRW-WIRTSCHAFT
AUF EINEN BLICK
- 06**
POLITIK IN NRW
**KONSEQUENTES
HANDELN
NOTWENDIG!**
- 14**
ENERGIE- UND
UMWELTPOLITIK
**EXISTENZFRAGE
ENERGIE-
VERSORGUNG**
- 16**
WIRTSCHAFT UND
INFRASTRUKTUR
**INVESTITIONS-
BEDINGUNGEN
VERBESSERN**
- 18**
BILDUNG
UND SCHULE
**WIRTSCHAFT
BRAUCHT GUTE
BILDUNG**
- 20**
AUSBILDUNG UND
QUALIFIZIERUNG
**AUSBILDUNG
SICHERT
ZUKUNFTS-
FÄHIGKEIT**
- 22**
INNOVATION UND
DIGITALISIERUNG
**NEUE IDEEN
BRAUCHT DAS
LAND**
- 24**
ARBEITSMARKT
UND FACHKRÄFTE-
SICHERUNG
**ROBUSTER
ARBEITSMARKT
BEKOMMT RISSE**
- 26**
NRW UND
EUROPA
**ENTSCHEIDENDES
JAHR FÜR EUROPA**
- 28**
TARIF UND
ARBEITSZEIT
**ARBEITSZEIT:
FRAGE DER
WETTBEWERBS-
FÄHIGKEIT**
- 32**
ARBEITS-
UND SOZIALRECHT
**GROSSE
AUFGABEN
BEWÄLTIGEN**
- 36**
UNTERNEHMER NRW
IN DEN MEDIEN
**KOMMUNIKATION
FÜR DEN
STANDORT NRW**
- 42**
BILDUNGSWERK NRW
**BILDUNG ALS
SCHLÜSSEL ZUR
TRANSFORMATION**
- 46**
UNTERNEHMER NRW:
GUT VERNETZT
- 47**
GREMIEN UND
KONTAKT
- 50**
UNTERNEHMER NRW
IN DEN SOZIALEN
NETZWERKEN



Wir müssen unseren Standort stärken!

Foto: Anne Orthen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europawahl in diesem Jahr ist eine der wichtigsten seit Bestehen der Europäischen Union. Denn unser Kontinent befindet sich nicht nur im Spannungsfeld geopolitischer Krisen und Konflikte. Gleichzeitig sorgt das Erstarken von Populisten, Nationalisten und sogar Extremisten dafür, dass Europa auch von innen massiv unter Druck steht. Die Frage ist, ob die Erfolgsgeschichte von mehr als sieben Jahrzehnten Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fortgesetzt werden kann. Es geht auch darum, ob die EU als beispielloses Wohlstandsprojekt in einem unübersichtlichen und schwierigen Umfeld eine gute Zukunft hat.

Für Nordrhein-Westfalen steht besonders viel auf dem Spiel: Denn die

Europäische Union hat eine überragende Bedeutung für die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und den Wohlstand in unserem Land. Wir profitieren sowohl im Handel als auch in der Industrie deutlich mehr von der EU als Deutschland insgesamt. Auch der Anteil der Direktinvestitionen von und nach NRW ist im Vergleich viel größer als in der gesamten Republik.

„Wir brauchen ein geeintes Europa“

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat kürzlich ausgerechnet, dass ein Dexit – also ein Austritt Deutschlands aus der EU – allein für Nordrhein-Westfalen ein Minus von mehr als 5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung und den Verlust von fast 500.000 Arbeitsplätzen bedeuten würde. All jenen, die im Europawahlkampf von einem Dexit

fabuliert haben, sei daher gesagt: Das wäre nicht nur ein Himmelfahrtskommando, es würde unser Land völlig ruinieren. Ich kann nur hoffen, dass diese Europawahl nicht jene stärkt, die Europa nur zerstören, nicht aber verbessern wollen.

Es darf doch gar keine Frage sein: Gerade unser Land braucht eine geeinte und handlungsfähige Europäische Union. Und Europa hat so riesige Potenziale, die enorme Chancen für Fortschritt und Wohlstand bergen. Doch Vorhaben wie die Lieferkettensrichtlinie, Taxonomie oder Nachhaltigkeitsberichterstattung tragen dazu bei, dass Europa in den Augen vieler vor allem für Bürokratie und Regulierung steht. Das muss sich jetzt dringend ändern, denn die Länder dieses Kontinents stehen in einem harten globalen Standortwettbewerb. Um hier erfolgreich zu sein, muss Europa wett-

bewerbsfähiger werden, sonst wird dieser Kontinent zum Spielball anderer. Gerade in diesen so ruppigen Zeiten ist unser Asset unsere wirtschaftliche Stärke. Wenn wir sie nicht behalten oder am besten noch ausbauen können, werden wir auch die Bedingungen im Welthandel nicht mehr mitbestimmen. Und deshalb gilt: Ein starkes Europa braucht eine starke Wirtschaft, doch eine starke Wirtschaft braucht auch ein starkes Europa.

Investitionsstau und Bürokratie

Auch Deutschland braucht zwingend eine starke Wirtschaft – angesichts der immensen Herausforderungen dieser Zeit vielleicht mehr denn je. Doch ausgerechnet jetzt ist unser Land nicht in bester Verfassung. Jahrelang wurde viel zu wenig in die Zukunft unseres Landes investiert. Während der Sozialstaat kontinuierlich ausgebaut wurde, hat die Politik bei der vorsorgenden Instandhaltung massiv gespart. Die bitteren Folgen erleben wir alle Tag für Tag.

Schienen, Straßen, Autobahnen, Brücken, Wasserwege, dazu Schulen und andere öffentliche Einrichtungen sind immer öfter in einem besorgniserregenden Zustand. Für Frustration sorgt zunehmend, dass die überbordende Bürokratie an vielen Stellen nicht nur zu schlechteren Dienstleistungen des Staates für die Bürger führt, sondern die Entwicklung in unserem Land insgesamt lähmt. Die Digitalisierung des Staates wird weiter verschlafen. In einem frappierenden Widerspruch dazu steht die immer weiter steigende Steuer- und Abgabenlast.

Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Lage immer ernster. Deutschland ist das einzige Industrieland, das schrumpft. Unsere industrielle Basis bröckelt. Unsere Wertschöpfungsketten sind in Gefahr. In seinen Kernbereichen verliert unser Wirtschaftsstandort an Wettbewerbsfähigkeit. Umso wichtiger ist es, dass sich diese Bundesregierung jetzt endlich zusammenreißt. Leider zeigen ihre Signale

seit Monaten etwas anderes: Wir erleben eine Regierung ohne Strategie. Wo sind die konkreten Konzepte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit? Wo sind die dringend notwendigen Maßnahmen zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung? Und wo sind die belastbaren Weichenstellungen zur Bewältigung der Transformation? Gewiss: Wachstumschancen-gesetz und Kraftwerkstrategie gehen in die richtige Richtung. Doch beides reicht bei Weitem nicht aus, um tatsächlich einen durchgreifenden und nachhaltigen Erfolg zu bewirken. Es ist wirtschaftspolitisches Stückwerk, das auch zu einem inzwischen nicht unerheblichen Vertrauensverlust der Politik beiträgt.

„Wirtschaft und Arbeit müssen Vorfahrt erhalten“

Wirtschaft und Arbeit müssen jetzt klare Vorfahrt erhalten, sonst ist unser Wohlstand massiv gefährdet. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes muss nun im Mittelpunkt stehen. Dazu brauchen wir auch ein neues Bewusstsein für den Wert von Arbeit. Ein Bürgergeld, das für viele Menschen das tägliche Aufstehen, um zur Arbeit zu gehen, unattraktiv macht, ist ein fatales Signal. Es ist eine gefährliche Illusion, zu glauben, dass Wohlstand ohne Anstrengung und Leistung möglich ist. Auch die gesellschaftspolitische Debatte über eine Verkürzung der Arbeitszeit ist völlig grotesk. Wir werden uns vielmehr an den Gedanken gewöhnen müssen, eher mehr und auf die Lebensarbeitszeit bezogen auch länger zu arbeiten. Das alles ist kein Selbstzweck, sondern die unabdingbare Grundlage für einen wehrhaften Staat, einen leistungsfähigen Sozialstaat, das Gelingen der digitalen und nachhaltigen Transformation und die Zukunftssicherung von Millionen von Arbeitsplätzen.

Auch die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen muss in der zweiten Hälfte ihrer Legislaturperiode ihren Einsatz weiter erhöhen. Gut ist, dass Schwarz-Grün deutlich problembewusster und lösungsorientierter ist als

Teile der Ampel in Berlin – insbesondere in der Energiepolitik. Anerkennenswert ist ihr unverdrossenes Einfordern einer Kraftwerkstrategie des Bundes sowie eines Brückenstrompreises, der für unsere energieintensiven Industrien so existenziell ist. In anderen Feldern indes könnte sie noch mehr tun. Wir Unternehmer würden sehr begrüßen, wenn die Landesregierung die von NRW selbst gestellten Hürden bei Planungs- und Genehmigungsverfahren wieder abbaut. Das sind echte Investitionshemmnisse, die wir in diesen Zeiten erst recht nicht gebrauchen können.

Und auch in der Verkehrspolitik droht die Aufbruchstimmung der letzten Legislaturperiode verloren zu gehen. Bei vielen Unternehmerinnen und Unternehmern erhärtet sich der Eindruck, die Landesregierung entwickle beim Thema Verkehrsinfrastruktur nicht genug Zug zum Tor. Mir bereiten Meldungen Sorge, wonach Bundesmittel, die für den Ausbau von Infrastruktur bereitstehen, nicht abgerufen werden, weil Planungen für entsprechende Projekte nicht vorliegen. Ich warne hier vor einem Rückfall in längst überwunden geglaubte rot-grüne Zeiten!

Für NRW gibt es durchaus ermutigende Signale: Die angekündigte Investition von Microsoft im Rheinischen Revier ist ein absoluter Lichtblick. Gleiches gilt für die Ergebnisse einer aktuellen Studie, wonach Nordrhein-Westfalen für ausländische Investoren das beliebteste Investitionsziel unter allen Bundesländern ist – auch dank unserer geschlossenen Wertschöpfungsketten und der ausgezeichneten Reputation unserer Hochschulen und Universitäten. Diese Stärken gilt es aber noch gezielter auszuspielen. Die Landesregierung ist gefordert, die wesentlichen Erfolgsfaktoren für den Standort NRW weiter zu verbessern.

Mit einem herzlichen Glückauf Ihr

Arndt G. Kirchhoff
Präsident

BRUTTOINLANDSPRODUKT / WIRTSCHAFTSLEISTUNG (2023)

839 MRD. EURO NRW 

4.121 MRD. EURO D

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, 2024



AUSZUBILDENDE

274.104 NRW

1.215.500 D

Vorläufige Zahlen, Stand April 2024;
Quellen: IT.NRW, Statistisches Bundesamt



**BESCHÄFTIGUNGSQUOTE FRAUEN
15 BIS 65 JAHRE**

56,1 % NRW 59,5 % D

NRW D

Stichtag 30.06.2023;
Quelle: Bundesagentur für Arbeit



SCHNELLES INTERNET

75,3 % NRW 66,1 % D

NRW D

Anteil der Gewerbegebiete mit Anschlüssen von mind.
400 MBit/s; Quelle: Breitbandatlas BMDV; Stand 06.2023



STUDIERENDE AN HOCHSCHULEN

717.985 NRW

2.869.513 D

Wintersemester 2023/2024;
Quelle: Statistisches Bundesamt, 2024

**DIE WICHTIGSTEN GÜTER NACH WERT
DER ZUM ABSATZ BESTIMMTEN PRODUKTION (2023)**



**ROHEISEN, STAHL UND
FERROLEGIERUNGEN:**

**17,0 MRD. EURO
NRW**

**35,1 MRD. EURO
D**

MINERALÖLERZEUGNISSE:

**12,0 MRD. EURO
NRW**

**32,5 MRD. EURO
D**

**SONSTIGE ORGANISCHE GRUNDSTOFFE
UND CHEMIKALIEN:**

**10,7 MRD. EURO
NRW**

**23,4 MRD. EURO
D**

Quellen: IT.NRW, Statistisches Bundesamt, 2024

Veränderung ggü. Vorjahr

DIE WICHTIGSTEN ZIELLÄNDER FÜR NRW-PRODUKTE

NIEDERLANDE
26,1 MRD. EURO (-5,8%)

FRANKREICH
19,3 MRD. EURO (-11,0%)

USA
15,7 MRD. EURO (-7,5%)

Angaben in Klammern: Veränderung ggü. Vorjahr;
Quelle: IT.NRW, 2024



ARBEITSLOSENQUOTE

7,1 % ↗

NRW

5,7 % ↗

D

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2023



PATENTANMELDUNGEN PRO 100.000 EINWOHNER

30 →

NRW

46 ↗

D

Stand 01.03.2024;
Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt



EXISTENZGRÜNDUNGEN

64,6 →

NRW

66,4 ↗

D

je 10.000 Erwerbspersonen;
Quelle: IfM, 2022



STAUKILOMETER

255.500 KM ↗

NRW

877.000 KM ↗

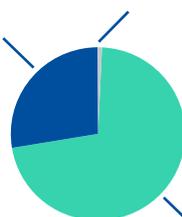
D

Quelle: ADAC-Staubilanz 2023

WERTSCHÖPFUNG NACH SEKTOREN

INDUSTRIE: 27,7 % NRW
30,7 % D

LANDWIRTSCHAFT: 0,5 % NRW
0,8 % D



DIENSTLEISTUNGEN: 71,8 % NRW
68,5 % D

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnung der Länder, 2024



Konsequentes Handeln notwendig!

- > **Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit**
- > **Standort NRW stärken**
- > **Bekanntnis zu demokratischen Werten und Europa**



Bundeskanzler Olaf Scholz zu Gast beim Unternehmertag NRW, August 2023. Foto: unternehmer nrw

Die Zeiten werden nicht einfacher – im Gegenteil: Die wirtschaftliche Lage ist äußerst ernst. Gleichzeitig nehmen gesellschaftliche Spannungen zu. Umso wichtiger ist eine Politik, die einen klaren Kompass hat, Probleme anpackt und damit die wirtschaftliche Lage nachhaltig verbessert. Die Aufgabe für die Landesregierung ist daher klar: Die vielen richtigen Ziele des Koalitionsvertrags müssen noch konsequenter umgesetzt werden. Den guten Worten müssen jetzt auch Taten folgen. Auch wenn immer wieder die richtigen Signale erfolgen – Fortschritte etwa beim Bürokratieabbau oder der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen jetzt auch spürbar bei den Unternehmen ankommen. Gleichzeitig muss die Politik alles unterlassen, was die Wirtschaft zusätzlich belastet.

Priorität für Wettbewerbsfähigkeit des Standorts NRW

Unsere Wirtschaft steckt nicht nur in einer konjunkturellen Delle. Sie befindet sich mitten in einer strukturellen Krise. Dies gilt gerade für Nordrhein-Westfalen, das mit seinen vielen energieintensiven Industrien von der Energiekrise besonders hart getroffen ist. Dies ist keine Schwarzmalerei, sondern spiegelt sich auch in Zahlen wider.

unternehmer nrw macht daher immer wieder im direkten Austausch mit der Politik und auch medial den großen Handlungsbedarf deutlich: Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts NRW muss oberste Priorität bekommen, indem

Belastungen abgebaut werden und so seine Attraktivität erhöht wird.

Hierzu ist der Dialog mit der Landesregierung eng. Denn zu Recht sieht auch die Landesregierung den Ernst der Lage. Und sie sieht die Notwendigkeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Die Unterstützung konkreter Transformationsprojekte, die Innovationsförderung und die Ansiedelung neuer Unternehmen sind wichtige Schritte. Es müssen aber noch viel stärker die Standortbedingungen etwa in den Feldern Energie, Fläche, Infrastruktur und Fachkräfte auf breiter Basis verbessert werden.

Gerade die industrielle Basis von Nordrhein-Westfalen ist gefährdet. Ohne deutlich bessere Rahmenbedingungen droht unser Land diese

Stärke, die für viele Arbeitsplätze, hohe Wertschöpfung und damit unseren Wohlstand steht, zu verlieren. Dies hat unternehmer nrw auch in der „Düsseldorfer Erklärung zur Stärkung des Industriestandorts NRW“ im März 2024 deutlich gemacht. Die Erklärung wurde anlässlich eines industriepolitischen Spitzengesprächs von unternehmer nrw mit NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur vorgelegt.

Die Botschaft: Mit klaren Prioritäten, einem ambitionierten industriepolitischen Leitbild und entschiedenem Handeln kann Nordrhein-Westfalen auch aus eigener Kraft einen Unterschied machen. Energiepolitik, Planungs- und Genehmigungsverfahren, Infrastruktur, Flächenpolitik und Fachkräftesicherung sind zentrale Handlungsfelder, in denen das Land selbst Weichen für einen wettbewerbsfähigen und starken Industriestandort stellen kann.

unternehmer nrw im intensiven Dialog mit der Politik

Gerade in schwierigen Zeiten ist der Austausch zwischen Wirtschaft und Landespolitik wichtig. Erfreulich ist, dass Impulse aus der Wirtschaft auch in mehreren Initiativen der Landespolitik deutlich werden. So haben die Regierungsfractionen im Landtag im Frühjahr 2024 einen Entschließungsantrag zum Thema Bürokratieabbau und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren verabschiedet. unternehmer nrw hatte dies in einer Landtagsanhörung im Januar 2024 gefordert. Nun kommt es auf eine konsequente und spürbare Umsetzung an. Umfassende und konkrete Vorschläge liegen hierzu vor.

Zum Dialog mit der Politik gehören auch Gespräche mit Vertretern der Landesregierung, der Parteien und Fraktionen. So war Präsident Kirchhoff im Februar 2024 zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion. Themen waren die wirtschaftliche Lage und Handlungsnotwendigkeiten etwa in



Präsident Kirchhoff zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion

der Energiepolitik, bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, Verkehr und Fachkräftesicherung. Überdies nutzt unternehmer nrw die eigenen Gremien, in denen regelmäßig hochrangige Vertreter aus der Politik zu Gast sind. Mit Schulministerin Dorothee Feller etwa hat der Vorstand der Landesvereinigung im Januar 2024 über Qualitätsverbesserungen im Bildungssystem diskutiert. Im November 2023 war Innenminister Herbert Reul zum Austausch über aktuelle Fragen der inneren Sicherheit im selben Gremium zu Gast. Und beim Besuch des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Jochen Ott, im August 2023 in der Mitgliederversammlung von unternehmer nrw wurde intensiv über den Industriestandort NRW, die Sozialpolitik und die Bildungspolitik debattiert.

unternehmer nrw ist zudem regelmäßig Gast in Gremien und Veranstaltungen der Landesregierung, Parteien und Fraktionen. Dazu gehörten so vielfältige Anlässe wie etwa der Innovation talk des NRW-Wirtschaftsministeriums, eine Diskussion des NRW-Justizministeriums zu Bürokratielasten oder ein Austausch zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter der Grünen-Landtagsfraktion.

NRW-Wirtschaft braucht richtige Weichenstellungen im Bund

Nordrhein-Westfalen braucht für seine Wettbewerbsfähigkeit auch die richtigen Weichenstellungen auf der Bundesebene. Daher bringt sich unternehmer nrw immer wieder mit starker Stimme in bundespolitische Debatten ein. Wir begrüßen, dass die Landesregierung eine aktive Rolle etwa im Vermittlungsausschuss spielt und auf Bundesebene die Interessen des Landes vertritt. Richtig ist etwa die klare Forderung der Landesregierung, dass bei der Kraftwerkstrategie nachgebessert werden muss.

Auch ist es gut und richtig, dass das Wachstumschancengesetz mit seinen wichtigen, wenn auch noch nicht ausreichenden Wachstumsimpulsen auch mit Zustimmung des Landes NRW letztlich den Bundesrat passiert hat.

Ein wichtiger Termin war zudem der Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz beim Unternehmertag NRW im August 2023. Neben Präsident Kirchhoff machten dort auch die an-

Die Gremien von unternehmer nrw im Gespräch mit...



Mitgliederversammlung mit Fraktionschef Jochen Ott (SPD)



Vorstandssitzung mit Schulministerin Dorothee Feller (CDU)



Anja Weber, Vorsitzende DGB NRW, zu Gast in der Vorstandssitzung

Fotos: W. Meyer, unternehmer nrw

wesenden Unternehmerinnen und Unternehmer deutlich, dass die Bundespolitik konsequent die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für den Standort Deutschland verbessern müsse. Nur so könne eine wirtschaftliche Erholung einsetzen.

Deutliche Worte von nordrhein-westfälischen Unternehmerpersönlichkeiten fielen zudem im Rahmen der Klausurtagung des Vorstands von unternehmer nrw im Herbst 2023 in Berlin. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern aus der Bundespolitik wurde eindrücklich auf die ernste wirtschaftliche Lage hingewiesen, und es wurden Lösungen für die strukturellen Probleme angemahnt.

„Jetzt handeln für mehr Wettbewerbsfähigkeit!“ – das ist die klare Botschaft, mit der sich unternehmer

nrw zur Halbzeit der Bundesregierung im Dezember 2023 positioniert hat. Gerade Nordrhein-Westfalen ist mit seinen industriellen Wertschöpfungsketten besonders unter Druck. In dem Positionspapier fordert die Landesvereinigung, die zweite Hälfte der Legislaturperiode im Bund konsequent für die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu nutzen. Dazu gehört auch, klare Prioritäten zu setzen und mit Mut und Entschlossenheit zu handeln. Es gilt, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Europawahl als Richtungswahl auch für NRW

Gerade das exportstarke Nordrhein-Westfalen profitiert besonders von

der europäischen Integration. Nordrhein-Westfalen braucht aber auch richtige Weichenstellungen auf der EU-Ebene, etwa bei Energie- oder Infrastrukturthemen oder der Arbeitnehmermobilität. Dafür setzt sich unternehmer nrw intensiv ein.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni haben diese Ebene noch stärker in den Fokus gerückt. unternehmer nrw hat sich im Vorfeld der Wahl intensiv eingebracht. Im Mittelpunkt stehen zwei grundsätzliche politische Botschaften: Ein geeintes und starkes Europa ist für Nordrhein-Westfalen, seine Wertschöpfung, seine Arbeitsplätze und damit seinen Wohlstand von besonderer Bedeutung. Und die Europawahl 2024 ist eine Richtungswahl – angesichts zunehmend populistischer und nationalistischer Tendenzen, die die

„Jetzt handeln für mehr Wettbewerbsfähigkeit!“ – Prioritäten für die zweite Hälfte der Legislaturperiode Bund

- Finanzpolitische Klarheit und Planungssicherheit
- Belastungsmoratorium
- Sichere und bezahlbare Energieversorgung
- Bürokratieabbau
- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Modernisierung der Infrastruktur
- Digitalisierung der Verwaltung
- Fachkräftesicherung und modernes Arbeiten
- Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherung



europäische Integration grundsätzlich infrage stellen.

Einer vom Institut der deutschen Wirtschaft erstellten und von unternehmer nrw in Auftrag gegebenen Studie zufolge würde etwa ein von den Rechtspopulisten erwogener Dexit, also ein Austritt Deutschlands aus der EU, NRW mehr als 5 Prozent der Wirtschaftsleistung und fast eine halbe Million Arbeitsplätze kosten. Die Botschaft von unternehmer nrw ist daher: #NRWirtschaftFürEuropa! So auch der Tenor im Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags, in dem unternehmer nrw im April 2024 im Rahmen eines Fachgesprächs zu Gast war.

-> Mehr zu den Aktivitäten von unternehmer nrw im Kapitel „NRW und Europa“ und „unternehmer nrw in den Medien“.

Klare Worte der NRW-Wirtschaft für unsere Grundwerte

Wir erleben, dass Extremisten und Populisten unsere Grundwerte zunehmend infrage stellen. Sie gefährden damit auch die Grundlage unseres Wohlstands. unternehmer nrw hat sich daher klar positioniert: Extremisten sind nicht nur für unsere Demokratie, sondern letztlich auch für unsere wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit eine Gefahr. Wer Unsicherheit sät, Ängste schürt und auf Abschottung und Ausgrenzung setzt, wird auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmer in diesem Land stoßen. Die Position von unternehmer nrw ist glasklar: „Unsere Werte heißen Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte.“

Für Sozialpartnerschaft, Solidarität und gegen Hass und Hetze

Am 23. Mai 2024 hat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland seinen 75. Geburtstag gefeiert. unternehmer nrw und der Deutsche

Gewerkschaftsbund NRW haben diesen Anlass für eine gemeinsame Erklärung genutzt. Sie heben hervor, dass das Grundgesetz das Beste ist, was unserem Land passieren konnte. „Es ist das Fundament unseres Zusammenlebens in unserem demokratischen Rechtsstaat – und für vieles mehr: für ein Leben in Frieden und Freiheit, für einen vergleichsweise hohen Lebensstandard, den wir uns als Gesellschaft erarbeiten konnten, für eine Verbindung von wirtschaftlichem Handeln mit sozialem Ausgleich und nicht zuletzt für Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie, die Grundlage für einen fairen Interessenausgleich und gesellschaftliche Stabilität sind.“

Besonders erschüttert hat die nordrhein-westfälische Wirtschaft der Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023. unternehmer nrw hat sich vor diesem Hintergrund an

der Initiative der Landesregierung Nordrhein-Westfalen gegen Hass und Hetze beteiligt. Die Landesvereinigung unterstützt die klare Botschaft: Gemeinsam gegen Antisemitismus. #NieWiederIstJetzt! Antisemitismus, egal in welcher Form, darf in Deutschland keinen Platz haben.

Auch nach mehr als zwei Jahren Krieg ist Solidarität mit der Ukraine unverändert erforderlich. Denn Russlands Angriff ist auch ein Angriff auf den Frieden und die Werte Europas insgesamt. Es ist daher wichtig, dass die Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine in der deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin hoch bleibt. Dies war nicht zuletzt auch eine zentrale Botschaft in dem Gespräch des Präsidiums von unternehmer nrw mit der Generalkonsulin der Ukraine in Düsseldorf, Iryna Shum, im April 2024.



Vorstandssitzung mit NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU)



Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine in Düsseldorf, zu Gast im Präsidium



Geschäftsführerkonferenz mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Paul Frederik Höller (Grüne)

Fotos: W. Meyer, unternehmer nrw

Im Dialog mit der Landespolitik

Beteiligung von Unternehmer NRW an Sachverständigen-Anhörungen im Landtag

- Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landtags NRW zu „Fachkräftesicherung durch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen“, 09.08.23
- Anhörung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Digitalisierung zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Zweites Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018“, 17.08.23
- Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zur „Leitentscheidung 2023: Meilensteine für den Klimaschutz, Stärkung der Versorgungssicherheit und Klarheit für die Menschen in der Region“, LT-Vorlage 18/1645, 10.11.23
- Zum Gesetzentwurf der Landesregierung über ein Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes, 15.11.23
- Landtagsanhörung zum Antrag der Fraktion der FDP „Der Rezession in Nordrhein-Westfalen entgegenwirken – Bürokratieentlastung jetzt umsetzen“, LT-Drucksache 18/5836 in Verbindung mit dem Antrag der Fraktionen von CDU und GRÜNEN „Für ein zukunftsfestes und klimaneutrales Nordrhein-Westfalen – Übermäßige Bürokratie konsequent abbauen, Wirtschaft entlasten, Wirtschaftsstandort stärken und Transformation beschleunigen“, LT-Drucksache 18/7190, 04.01.24
- Im Rahmen der Anhörung von Sachverständigen durch den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hinsichtlich der Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags mit der LT-Drucksache 18/7443 zum „Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen“ – Vorlage 18/2070, 24.01.24
- Im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen“, LT-Drucksache 18/7534, 06.03.24
- Im Rahmen der Landtagsanhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 17. April 2024 zum Antrag der Fraktion der SPD „Zurück in die Zukunft: NRW muss wieder Vorreiter für Tarifbindung werden!“ (Drs. 18/6851), 09.04.24

- Antrag der Fraktion der SPD „Weitere Brückendesaster verhindern – Wir brauchen ein vorausschauendes Brückenmanagement für NRW!“, LT-Drucksache 18/7709, 16.04.24
- Antrag der Fraktion der FDP „Die Stunde der Wahrheit – Nordrhein-Westfalen muss für genügend baureife Straßenprojekte sorgen, statt Geld zu verschenken“, LT-Drucksache 18/8118, 16.04.24
- Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Antrag der Fraktion der SPD „Zurück in die Zukunft: NRW muss wieder Vorreiter für Tarifbindung werden!“, LT-Drucksache 18/6851, 17.04.24
- Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen“, LT-Drucksache 18/7534, 29.04.24.

Stellungnahmen von Unternehmer NRW in Anhörungsverfahren der Landesregierung

- Verbändeanhörung MUNV zum NRW-Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW“, 04.08.23
- Fortschreibung des NRW-Leitfadens „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW“, 14.08.23
- Zum „Entwurf einer Siebten Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg“, Verbändebeteiligung gemäß § 77 Schulgesetz NRW, 27.10.23
- Verbändeanhörung MUNV zum Gesetzentwurf der Landesregierung über ein Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes, 15.11.23
- Im Rahmen des Stakeholderprozesses zur Weiterentwicklung der NRW-Energieversorgungsstrategie zur Energie- und Wärmestrategie des Landes Nordrhein-Westfalen, 15.12.23
- Erneute Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen“, 03.05.24

Beteiligung von Unternehmer NRW an Clearingverfahren und Stellungnahmen gegenüber der Clearingstelle Mittelstand

- CV zur Änderung des Landesentwicklungsplans NRW zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, 21.07.23
- CV zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze, 30.08.23
- CV zum Entwurf eines Haushaltsfinanzierungsgesetzes, 31.08.23
- CV zum Entwurf eines Bundes-Klimaanpassungsgesetzes (KANg), 31.08.23
- CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz), 22.09.23
- CV zum EU-Verordnungs-Vorschlag zur Festlegung der Verfahren der Union für die Zulassung und Überwachung von Humanarzneimitteln und zur Festlegung von Vorschriften für die Europäische Arzneimittel-Agentur und zur Änderung weiterer Verordnungen, 25.09.23
- CV zur mittelstandsfreundlichen Neuausrichtung des Vergaberechts, 24.11.23
- CV zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/106/EWG des Rates im Hinblick auf einen Unterstützungsrahmen für den intermodalen Güterverkehr und der Verordnung (EU) 2020/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Berechnung der Einsparungen bei externen Kosten und die Erhebung aggregierter Daten, 08.01.24
- CV zur Verordnung zur Umsetzung der Solaranlagen-Pflicht nach § 42a und § 48 Absatz 1a der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Solaranlagen-Verordnung Nordrhein-Westfalen – SAN-VO NRW), 19.01.24
- CV zum Entwurf eines Berufsbildungsvalidierungs- und digitalisierungsgesetzes (BVaDiG), 22.02.24
- CV zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD), 08.04.24

Öffentlichkeitsbeteiligung

- Im Rahmen der Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 9 Abs.1 Raumordnungsgesetz (ROG) zur Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) zur nachhaltigeren Flächenentwicklung, 15.09.23

Mitgliedschaften und Mitarbeit in Gremien und Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen

Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

- Begleitgremium zum Teilhabenchancengesetz
- Begleitausschuss ESF NRW 2021–2027
- Fachbeirat „Arbeit und Qualifizierung“
- Begleitgremium zur Fachkräfteoffensive NRW
- Initiative zur Stärkung der Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Sozialpolitik

- Inklusionsbeirat des Landes Nordrhein-Westfalen
- Expertenkreis Teilhaberbericht NRW
- Jury des Inklusionspreises des Landes NRW
- Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz
- Fachkonferenz Sozialberichterstattung NRW

Integrationspolitik

- Beirat für Teilhabe und Integration des Landes NRW

Tarifpolitik

- Tarifausschuss für das Land NRW

Strukturpolitik

- Begleitausschuss EFRE.NRW/JTF.NRW 2021-2027
- Strukturstärkungsrat des 5-StandorteProgramms

Digitalisierung

- Spitzengespräch Cybersicherheit in der Wirtschaft
- Clearingstelle Mittelstand

Mittelstandspolitik

- Mittelstandsbeirat der Landesregierung
- AG Weiterentwicklung Wirtschafts-Service-Portal.NRW

Justiz

- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Berufsrichter gemäß § 11 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)
- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Vorsitzenden gemäß § 18 Abs. 2 Arbeitsgerichtsgesetz

Europa

- NRW.Europa – Stakeholdernetzwerk Enterprise Europe Network in NRW
- Arbeitskreis „Frühwarnsystem Europa“ des MWIKE

Außenwirtschaft

- Beirat Außenwirtschaft

Gesundheit

- Landesgesundheitskonferenz NRW
- Vorbereitender Ausschuss der Landesgesundheitskonferenz
- Landesinitiative „Gesundheitsförderung und Prävention“, Arbeitsgruppe Mittlere Lebensphase
- Begleitgremium „Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW“

Datenschutz

- Landesdatenschutzkonferenz NRW

Energie- und Klimapolitik

- Beirat Klimaanpassung NRW
- Koordinationsteam INterACT4-climate.NRW
- Stakeholder-Beteiligung zur Energie- und Wärmestrategie
- Arbeitsgemeinschaft Gaseinsparpotenziale

Industriepolitik

- Zukunftsdialog Industrie
- Industriepakt für Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit

Umweltpolitik

- Team Nachhaltigkeit des Wuppertal Instituts
- Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft.NRW
- Landesbeirat „Immissionsschutz“
- Dialogreihe Zielkonflikte in innerstädtischen Quartieren aus Sicht des Immissionsschutzes
- Förderbeirat „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW-ResA“
- Jury Bodenschutzpreis des AAV
- Arbeitskreis Offenlegung von Antragsunterlagen im Internet
- NRW-Nachhaltigkeitsbeirat
- Begleitgremium Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW
- Runder Tisch Zirkuläre Wertschöpfung

Bildung/Ausbildung/Weiterbildung

- Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen
- Steuerungsgremium „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“
- Landesausschuss für Berufsbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- Beirat „Regionale Bildungszentren der Berufskollegs“
- Beirat „Studienintegrierende Ausbildung in NRW“
- Landesbeirat für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung (Landesweiterbildungsbeirat)
- Arbeitskreis Weiterbildungsorganisationen des MAGS
- Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung

Forschung und Innovation

- Förderbeirat „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW-ResA“
- Expertenkreis Kompetenzzentrum NRW.innovativ
- NRW Innovation talk

Verkehr

- Beirat Bündnis für Mobilität





Fotos: Wilfried Meyer, Ralph Sondermann



Existenzfrage Energieversorgung

- > **Energieintensive Unternehmen brauchen spürbare Entlastungen**
- > **Maßnahmen greifen bislang zu kurz**
- > **Schnellere Verfahren entscheidend**



Foto: Agnieszka Olek/Caia Image – stock.adobe.com

Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind zwingend auf eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen und berechenbaren Preisen angewiesen. Nur so können die industriellen Wertschöpfungsketten in NRW erhalten und transformiert werden. Jedoch wurden diese Voraussetzungen im vergangenen Jahr nur sehr unzureichend in politisches Handeln umgesetzt. Trotz des intensiven monatelangen Werbens von Landesregierung, unternehmer nrw und einer Vielzahl von Unternehmen und Verbänden konnte sich die Bundesregierung nicht dazu durchringen, den dringend notwendigen Brückensstrompreis zu beschließen und umzusetzen.

Mit dem verabschiedeten Strompreispaket wurde statt einer echten Entlastung lediglich ein Minimalkonsens vorgelegt, der keine spürba-

ren Verbesserungen für die energieintensiven Unternehmen enthält. Hier muss die Bundesregierung dringend nachliefern, damit die energieintensiven Branchen wieder eine Basis für Investitionen in den Industriestandort haben. Langfristig hängt der Strompreis vor allem vom Erfolg beim Ausbau der erneuerbaren Energien ab. Wir begrüßen daher, dass NRW hier mittlerweile eine Spitzenposition unter den Bundesländern einnimmt und diesen Ausbaupfad durch eine Vielzahl an Maßnahmen verstetigt.

Mehr Tempo für Energieversorgungs- und Wärmestrategie

Auch bei der Versorgungssicherheit braucht es umgehend mehr Realismus und Entscheidungsfreude. Die vom Bund präsentierte Kraftwerkstra-

ategie bleibt weit hinter den Notwendigkeiten der Energiewende zurück. Auch das Land muss durch Planung, Genehmigung und Bau der wasserstofffähigen Back-up-Gaskraftwerke in Rekordtempo seinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Mit dem geplanten Braunkohleausstieg 2030 hat NRW einseitig den Umsetzungsdruck erhöht und steht in der Pflicht, durch politisches Handeln den Erwartungen gerecht zu werden.

Daher sollte die Erarbeitung der Energieversorgungs- und Wärmestrategie für NRW höchste Priorität haben. Unsere Wirtschaft braucht diese Strategie als Masterplan für die Transformation unseres Energiesystems. Damit klar wird, wo wir beim Ausbau der Erneuerbaren sowie der Netze stehen und ob der ambitionierte Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gelingt, muss die Umsetzung

der Strategie mit verbindlichen Meilensteinen und einem transparenten Monitoring überwacht werden.

Schnellere Verfahren sind unerlässlich

Die Unternehmen und die Verwaltung ächzen gleichermaßen unter viel zu langwierigen und unnötig komplizierten Verfahren. Mit Blick auf die Transformation der Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sind deutlich schnellere und pragmatischere Verfahren eine grundlegende Voraussetzung. Neben dem Bund ist das Land gefordert, insbesondere das Umweltrecht zu überarbeiten. Zusätzliche Klage- und Beteiligungsrechte der Naturschutzvereinigungen, Vorkaufsrechte und weitere über EU- und Bundesrecht hinausgehende Regelungen müssen ersatzlos gestrichen werden.

Die Behörden müssen in der Lage sein, schnelle Entscheidungen zu treffen. Verzögerungen durch kostenintensive Gutachten müssen vermieden werden. Zu diesen und weiteren Themen wurde im März 2024 nach einem Treffen mit NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur

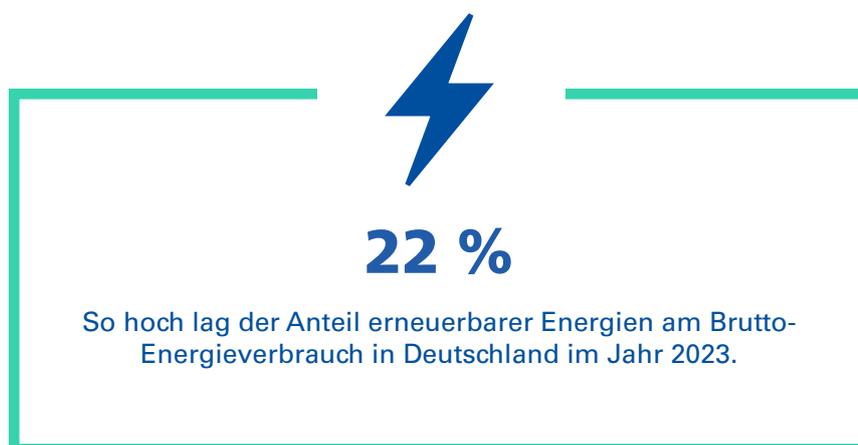
die „Düsseldorfer Erklärung – Industriestandort Nordrhein-Westfalen stärken“ vorgelegt, die unter Federführung des Umweltausschusses von unternehmer nrw erarbeitet worden war. Darin werden umfassende Forderungen und Lösungswege zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren aufgezeigt.

Digitale Verwaltung in der Breite

Digitale Verwaltungsleistungen sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts. Bisher bleiben die Potenziale zu oft ungenutzt. Hier

braucht es auf Landesebene umgehend eine klare Strategie, um die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen. Besonders wichtig hierbei sind eine echte Aufgabenkritik und die Reform überflüssiger Prozesse. Die bloße Übertragung analoger Prozesse ins Digitale ist nicht ausreichend.

Um die Akzeptanz digitaler Angebote zu erhöhen, muss der Staat dafür sorgen, dass Datenschutz und Datensicherheit lückenlos gewährleistet werden. Übergreifende Standards, skalierbare Lösungen und einheitliche Zugangsplattformen stellen effiziente Abläufe sicher. So können Prozesse nahtlos ineinandergreifen und die Digitalisierung effektiv voranbringen.



Quelle: Umweltbundesamt, 2024



Stahl im Spannungsfeld zwischen grüner Energie, Wasserstoff und Industriestrompreis

„Die aktuelle Lage ist zu einer realen Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland geworden. Das betrifft nicht nur die großen, energieintensiven Unternehmen, sondern auch viele Mittelständler sowie nachgelagerte Wertschöpfungsketten. Um hier langfristige, negative Folgen für den Standort zu vermeiden, brauchen wir ein schnelles, pragmatisches und effektives Handeln. Dabei dürfen Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch Mittelstand und große Industrieunternehmen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

Aus: „Klartext im Westen“ vom 15. August 2023
www.wirtschaftsblog.nrw



Dr. Heike Denecke-Arnold
Vorstandsmitglied der thyssenkrupp Steel Europe AG



Investitionsbedingungen verbessern

- > Mehr Tempo in der Umsetzung nötig
- > Update für das Industriepolitische Leitbild
- > Fokus auf der Verkehrsinfrastruktur



Industriepolitisches Spitzengespräch mit NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur, März 2024. Foto: Meyer

Grundlegende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen haben sich im letzten Jahr deutlich verschoben – vor allem zulasten der energieintensiven Industrien. Wesentliche Standortnachteile wie viel zu hohe Energiepreise, Umsetzungslücken bei der Sicherung unserer Stromversorgung, zu hohe Steuern und Abgaben, eine wegbröckelnde Infrastruktur und eine lähmende Bürokratie zeigen sich immer deutlicher.

Zusammenarbeit als wichtiger Schlüssel gegen die Krise

Die Folgen sind Auftragsrückgänge, Produktionskürzungen und Standortverlagerungen. Die Lage ist mehr als ernst, und wir müssen klar feststellen: Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland und

Nordrhein-Westfalen befindet sich inmitten einer strukturellen Krise. So schwierig die Ausgangslage ist, umso mehr kommt es nun auf konkretes Handeln an, um die Lage aktiv zu verbessern. Hierfür braucht es die enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Zentrale Punkte der Wettbewerbsfähigkeit werden zwar auf Bundesebene entschieden, ganz wesentliche Erfolgsfaktoren für unsere Wirtschaft liegen aber auch beim Land selbst.

Wir müssen uns jetzt die langfristige Zukunftsfähigkeit unseres Landes neu erarbeiten. Hierfür brauchen wir mehr Schnelligkeit und einen Mentalitätswechsel in Politik und Verwaltung – von der einseitigen Risikoorientierung hin zur Freude bei der Umsetzung. Ziel muss es sein, die Umsetzungsgeschwindigkeit dem massiven Handlungsdruck an-

zupassen. Schafft Nordrhein-Westfalen diesen Tempowechsel, haben wir im internationalen Wettbewerb um Innovationen und Investitionen wieder beste Chancen. Mit klaren Prioritäten und durch entschiedenes Handeln können wir aus NRW heraus für NRW einen Unterschied machen.

Ein Update für das Industriepolitische Leitbild

In der Industriepolitik hat die Landesregierung mit dem „Industriepakt für Klimaneutralität“ und dem „Zukunftsdialog Industrie“ parallele Strategieprozesse für eine transformationsorientierte Industriepolitik des Landes weiter vorangebracht. Dies ist zu begrüßen, noch wichtiger ist jedoch, dass bis Ende 2024 tatsächlich ein substantielles Update des Industrie-

politischen Leitbilds gemeinsam mit Wirtschaft und Industrie gelingt. Die Wirtschaft erwartet ein modernes Leitbild als handlungsorientierten industriepolitischen Masterplan der gesamten Landesregierung, der dann in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode mit einem Höchstmaß an Konsequenz und Kontinuität in konkretes Handeln umgesetzt wird.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur erhalten und ausbauen

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein zentraler Faktor für den Erfolg unseres Wirtschaftsstandorts, der auch eine wichtige Verkehrsdrehscheibe im Herzen Europas ist. Der in der letzten Legislaturperiode begonnene Aufholprozess muss dringend weitergeführt werden. Dabei muss es für das Land selbstverständlich sein, die vom Bund für Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellten Mittel auch Jahr für Jahr vollständig abzurufen.

Zudem müssen kurzfristig weitere Maßnahmen in NRW ermöglicht werden. Die Brückenerneuerung entlang der Schwerlastrouten muss daher die absolute Top-Priorität der Verkehrs-

politik sein. Um hier schneller zu werden, brauchen wir den modularen Brückenbau als schnellen Planungs-, Ausschreibungs- und Baustandard. Weitere Sperrungen von Brücken und die damit verbundenen Belastungen durch Ausweichstrecken können wir uns keinesfalls leisten. Neben dem Erhalt ist es dringend notwendig, den Ausbau von Landes- und Bundesstraßen insbesondere an neuralgischen Punkten sowie bei Ortsumgehungen weiter umzusetzen.

Alle Verkehrswege in den Blick nehmen

Im Schienenverkehr brauchen wir das Land als Partner an unserer Seite, damit bei der Bahn eine viel stärkere und frühzeitigere Einbindung der Wirtschaft in das Baustellenmanagement

gelingt und die durchgehende Bedienung von Industriegleisanschlüssen gewährleistet ist. Bei der Binnenschifffahrt kommt es darauf an, dass den politischen Ankündigungen endlich Taten bei der Engpassbeseitigung entlang des Rheins folgen. Andernfalls drohen zunehmende Ausfälle dieser Lebensader für unseren Güterverkehr. Ebenso brauchen wir den beschleunigten Ausbau der Güterverkehrsstrecken und des Pipeline-Netzes aus den industriellen Zentren entlang von Rhein und Ruhr in Richtung der bedeutenden Häfen an der belgischen und niederländischen Nordseeküste. Sehr wichtig zudem: Eine weitere Verteuerung der Infrastrukturanierung durch die geplante regionale Rohstoffabgabe wäre ein schwerer Fehler, den das Land nicht begehen darf.



27 %

Das ist der Anteil deutscher Unternehmen, die erwarten, dass ihre Investitionen 2024 höher ausfallen als im vergangenen Jahr – 36 Prozent rechnen dagegen mit einem Rückgang.

Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 2024



Herausfordernde Zeiten (nicht nur) für die Papierindustrie

„Investitionsentscheidungen müssen jetzt getroffen werden. Es braucht eine verlässliche Politik und eine konkrete energiewirtschaftliche Perspektive, um am Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen zu können. Die Anforderungen an die Unternehmen zur Einsparung von Emissionen werden immer höher. Gleichzeitig steigen die CO₂-Abgaben und werden auf weitere Bereiche ausgedehnt. Die Strafen bei Nichteinhaltung der Vorgaben werden immer drakonischer. Gleichzeitig werden Unternehmen verunsichert, weil Rahmenbedingungen für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele – einer klimaneutralen Produktion – nicht oder nur schleppend geschaffen werden.“

Aus: „Klartext im Westen“ vom 29. Januar 2024 www.wirtschaftsblog.nrw



Claudia Autenrieb
Papierfabrik Niederauer Mühle GmbH



Starke Wirtschaft braucht gute Bildung

- > Sprachkompetenzen frühzeitig fördern
- > Schulen zukunftsfest machen
- > Bildungskette zielgerichtet weiterentwickeln



Foto: Gorodenkoff – stock.adobe.com

Ständige Verbesserungen im Bildungssystem müssen auf der Tagesordnung bleiben – dies haben die Ergebnisse der PISA-Studie und des IQB-Bildungstrends 2023 wieder einmal aufgezeigt. Zugleich müssen weitere Herausforderungen bewältigt werden – etwa bei der Integration von Geflüchteten, Digitalisierung an Schulen und Sicherung der Unterrichtsversorgung.

Frühkindliche Bildung verbessern

Angebote zum Thema frühkindliche Bildung beginnen bereits in der Kita. Dazu zählt auch die individuelle Förderung von Sprachkompetenzen. Damit fehlende Sprachkenntnisse später keine Barriere in der Schule sind, fordert unternehmer nrw mit Nachdruck, frühzeitige Sprachstandser-

hebungen durchzuführen. Wird dann ein Förderbedarf identifiziert, müssen passende Angebote bereitstehen.

Im Oktober 2023 hat das Land mit einer Richtlinie die Weichen zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen in NRW gestellt. Es setzt damit das Ganztagsförderungsgesetz des Bundes um. Den darin verankerten Anspruch auf ganztägige Förderung und Betreuung für Erst-

klässler ab August 2026 begrüßt die Landesvereinigung sehr. Bei der Umsetzung ist entscheidend, dass der Schwerpunkt auf der Qualität der Förderung liegt und die Betreuung flächendeckend angeboten wird. Positiver Nebeneffekt: Der Ausbau im offenen Ganzttag trägt auch zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bei. Dadurch kann die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöht und damit ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet wer-



11,2 Millionen

Im Schuljahr 2023/2024 besuchen in Deutschland rund 11,2 Millionen Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende und berufliche Schulen. Dies entspricht einem Anstieg von 1 Prozent oder 107.000 Schülern im Vergleich zum Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2024

den. Zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist es dringend notwendig, die Angebote in der frühkindlichen Bildung auszubauen. Allein im U-3-Bereich fehlen in NRW laut einer Erhebung des IW aktuell mehr als 87.400 Plätze. Damit Eltern auch einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, platziert unternehmer nrw diese Kernforderung kontinuierlich in den Gremien auf Landesebene.

Schulen stärken

In der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Bildungspolitik im November 2023 präsentierte Prof. Axel Plünnecke vom IW die Ergebnisse des 20. INSM-Bildungsmonitors. Dabei ging er explizit auf Handlungsansätze zur Verbesserung der Schulqualität in NRW ein. Dazu zählen die Stärkung der Schulautonomie, die Verbesserung der Verwaltungsstrukturen und die besondere Fokussierung auf Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Diese Empfehlungen hat unternehmer nrw

bei den regelmäßigen Gesprächen mit den schulpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen eingebracht. Als im Januar 2024 Schulministerin Dorothee Feller zu Gast im Vorstand von unternehmer nrw war, stellte sie die Ergebnisse der Zwischenevaluation des Konzepts zur Sicherung der Unterrichtsversorgung vor. Im Austausch mit der Ministerin warben die Vorstandsmitglieder für eine Stärkung der Basiskompetenzen. Zudem wurde angemahnt, dass die Schulen die Chancen der Digitalisierung stärker für den Unterricht und zur Kompetenzvermittlung nutzen sollten.

Schülerdatengesetz verabschiedet

Mit dem Schülerdatenübermittlungsgesetz wird die langjährige Forderung von unternehmer nrw umgesetzt, den Übergang Schule/Beruf transparenter zu gestalten. Damit soll gewährleistet werden, dass junge Menschen nicht verloren gehen, die nach der Schulzeit ohne konkrete berufliche Anschlussperspektive sind.

Die Notwendigkeit für die rechtliche Festschreibung haben unternehmer nrw, WHKT und IHK NRW in einer gemeinsamen Stellungnahme im Mai im Gesetzgebungsverfahren verdeutlicht.

Enquetekommission „Chancengleichheit“

Die Gründung der fraktionsübergreifenden Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ begrüßt unternehmer nrw ausdrücklich. Richtigerweise ist als Ziel verankert, den bestehenden Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln. Dazu müssen Ansätze identifiziert werden, die die Qualität in den verschiedenen Bildungsinstitutionen in den Mittelpunkt rücken und die individuelle Förderung eines jeden Einzelnen ermöglichen. In Gesprächen mit Landtagsabgeordneten hat unternehmer nrw verdeutlicht, dass nach der Analyse dringend nachhaltige Umsetzungsschritte zur Zielerreichung folgen müssen.

3 FRAGEN ZUR SACHE

„VERBINDLICHE UND AMBITIONIERTE QUALITÄTSSTANDARDS BENÖTIGT“

Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Bildungsstudien PISA und IQB?

Leider verdeutlichen die Ergebnisse, wie schlecht es um die Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen der jungen Menschen in NRW bestellt ist. Das ist kein hinnehmbarer Zustand, da von den Grundkompetenzen der Schüler ihr weiterer Bildungs- und Lebensweg maßgeblich abhängt.

Was wird nun benötigt?

Die Schulen brauchen einen verlässlichen Handlungsrahmen mit genügend personellen und finanziellen Ressourcen. Dort, wo die Heraus-

forderungen besonders ausgeprägt sind, braucht es zusätzliche Unterstützung. Auf Basis des aktualisierten NRW-Sozialindex können diese Schulen genau identifiziert werden. Damit wäre gewährleistet, dass die Mittel des Startchancen-Programms zielgerichtet eingesetzt werden. Wichtig sind verbindliche und ambitionierte Qualitätsstandards, die regelmäßig überprüft werden. Zudem bedarf es regelmäßiger Lernstandserhebungen für alle Schüler sowie individueller Förderpläne.

Was macht die Wirtschaft, um Schulen zu unterstützen?

Die Wirtschaft sieht dieses Thema und hilft mit vielfältigen Angeboten



Claudia Dunschen
Personalpolitik und Bildung

am Übergang von Schule/Beruf. Das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT bietet den Schulen, Lehrern und Schülern viele etablierte Angebote zur Berufsorientierung, ökonomischen Bildung und MINT-Förderung.



Ausbildung sichert Zukunftsfähigkeit

- > **Bewerbermangel entgegenwirken**
- > **Alle Potenziale nutzen**
- > **Berufsorientierung optimieren**



Spitzengespräch Ausbildungskonsens im November 2023. Foto: Ralph Sondermann

Was sich in den letzten Jahren auf dem Ausbildungsmarkt abzeichnete, hat sich inzwischen verfestigt: Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze übersteigt mittlerweile die Nachfrage durch Bewerber deutlich. Umso wichtiger ist es, alle Potenziale für Auszubildende zu nutzen, die Berufsorientierung weiter zu stärken und den Übergang von der Schule in den Beruf zu ebnen.

Mehr Ausbildungsplätze, weniger Bewerber

Die Zahlen verdeutlichen den Trend: Während sich seit 2013 in NRW das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen um sieben Prozent erhöht hat, ging die Zahl der Bewerber gleichzeitig um rund 28 Prozent zurück. So blieben 2023 rund 11.500 betriebliche Ausbildungsplätze

unbesetzt. Die Nachwuchsgewinnung bekommt damit eine noch größere Bedeutung – trotz vieler anderer wirtschaftlicher Herausforderungen.

Impulse zur Gewinnung und Förderung von Auszubildenden gab unternehmer nrw im bildungspolitischen Erfahrungsaustausch mit den Bildungsreferenten der Mitgliedsverbände und in einer Online-Veranstaltung. An der Veranstaltung „Ausbildung: Unterstützungsangebote und Fördermöglichkeiten für Betriebe“ nahmen rund 80 Interessierte teil.

Übergangssektor weiterentwickeln und Abbruchquote verringern

Als Beschluss des Spitzengesprächs Ausbildungskonsens wurde im Juni

2023 ein Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung des Übergangssektors und Ausweitung von Praxisphasen in ausgewählten Bildungsgängen an Berufskollegs gelegt. Zum Schuljahr 2023/24 wurde die Initiative mit Beteiligung von unternehmer nrw auf den Weg gebracht. Zusammen mit den Wirtschaftspartnern des Ausbildungskonsens hat unternehmer nrw weitergehende Informationen für Unternehmen erarbeitet und bei Mitgliedsverbänden sowie Unternehmen für eine Beteiligung an der Praktikumsinitiative des Landes gewonnen.

Ebenso beschloss der Ausbildungskonsens weitere Maßnahmen, um den Übergang der Schule in den Beruf zu verbessern, den Abbruch der Ausbildung zu verringern sowie die Berufsorientierung zielgruppenspezifischer auszurichten. Junge Men-

schen sollen gezielter und schneller in eine betriebliche oder akademische Ausbildung gebracht werden. Beratungsangebote für Studierende werden zukünftig stärker mit Beratungsangeboten etwa von Kammern, Verbänden oder der Agentur für Arbeit verzahnt.

Berufsorientierung intensivieren

Eine wesentliche Rolle in der Berufsorientierung spielt nach wie vor die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA). An der strategischen Weiterentwicklung von KAOA arbeitet unternehmer nrw intensiv mit und setzt sich unter anderem dafür ein, die Berufsorientierung in Schulen bereits ab Klasse fünf und in allen Schulformen, vor allem auch an den Gymnasien, zu implementieren. Zudem sollen arbeitgeberseitige Initiativen zur Berufsorientierung wie SCHULEWIRTSCHAFT noch stärker mit KAOA verzahnt werden.

Die jungen Erwachsenen selbst, aber auch ihre Eltern sind die relevanten Zielgruppen für die Berufsorientierung. Bei einem digitalen Elternabend mit mehr als 2.000 Teilnehmenden hat das Ministerium für Schule und Bildung im Gespräch mit unternehmer nrw und dem DGB NRW über die Karrierechancen der dualen Ausbildung informiert.

Digitalisierung vorantreiben

Voraussichtlich zum Schuljahr 2024/2025 werden die Berufskollegs digitaler – ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung des Systems. Laut neuer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung soll die Verknüpfung von Präsenz- und synchronem Distanzunterricht möglich sein. Digitaler Distanzunterricht kann damit als Instrument zur flächendeckenden Sicherstellung des Angebots in der dualen Ausbildung genutzt werden. Ohnedies verbessern digitale Kommunikationstechnologien und Lern-

konzepte die Unterrichtsqualität und individuelle Förderung von Auszubildenden.

Qualifizierung bedarfsgerecht ausrichten

Insbesondere durch die Transformation ist die berufliche Weiterbildung noch stärker in den Fokus der Unternehmen und Politik gerückt. So hat unternehmer nrw bei der GIB-Veranstaltung „Berufliche Weiterbildung zur Bewältigung des Fachkräftebedarfs?“ im April 2024 deutlich gemacht, dass Weiterbildung bedarfsgerecht ausgerichtet sein muss. In

einem Podcast zur „arbeitsorientierten Grundbildung“ des IW wurde zusammen mit dem DGB diskutiert, wie Potenziale von Geringqualifizierten für die Fachkräftesicherung stärker genutzt werden können.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung sind 2023 und 2024 neue Instrumente der Bundesagentur für Arbeit wie das Qualifizierungsgeld und die Förderung von Berufsorientierungspraktika entstanden. unternehmer nrw bringt seine Expertise und Zugänge zur Ausgestaltung dieser Initiativen über den Beirat der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit NRW und BDA-Ausschüsse ein.



256.396

So viele Personen nahmen laut DIHK im Jahr 2023 an einer IHK-Abschlussprüfung teil. 226.810 schlossen diese erfolgreich ab.

Quelle: DIHK, 2023



Gleichstellung von Berufs- und Hochschulbildung fördern!

„Wir müssen unbedingt und durch eine gemeinsame Kraftanstrengung erreichen, dass das völlig überholte Bild vom Handwerk endlich korrigiert wird. (...) Viele Berufe im Handwerk sind hoch qualifiziert und sind zunehmend auf studierfähige Schulabgänger angewiesen. Der Anteil der Auszubildenden im Handwerk mit Abitur steigt stetig an: Wir haben Berufe, in denen heute schon ein Drittel oder 40 Prozent der Auszubildenden eine Hochschulzugangsberechtigung haben. Es sollte deutlich gemacht werden, dass eine berufliche Ausbildung der Einstieg in eine lebenslange Berufskarriere sein kann, an die sich durchaus noch ein Studium anschließen kann.“



Rüdiger Otto
Präsident des **Unternehmerverbands Handwerk NRW**

Aus: „Klartext im Westen“ vom 4. Oktober 2023
www.wirtschaftsblog.nrw



Neue Ideen braucht das Land

- > Innovationstransfer stärken
- > Cybersicherheit ernst nehmen
- > KI in konkrete Anwendungen überführen



Erster „NRW Innovation talk“ mit Ministerin Mona Neubaur, September 2023. Foto: Ralph Sondermann

Am Anfang steht die gute Idee. Sie ist der Treiber für Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit. Gerade in schwierigen Zeiten, in denen Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie erfolgreich gestaltet werden müssen, kommt es auf neue Ideen an.

Transfer in die Praxis fördern

Nordrhein-Westfalen hat eine starke Wissenschaftslandschaft. Es muss jedoch noch besser gelingen, die Innovationen, die dort entstehen, auch in die betriebliche Praxis zu überführen. Neue Ideen müssen zu konkreten Anwendungen werden.

Daher ist es gut, dass das Wirtschaftsministerium NRW mit dem neuen Format des „NRW Innovation

talk“ die Bedeutung von Innovationen in den Fokus rückt. unternehmer nrw war bei den beiden ersten Gesprächen im September 2023 und Februar 2024 vertreten. Auch hier lautete die zentrale Botschaft: Der Innovationstransfer muss gestärkt werden! Um dies zu verbessern, müssen beispielsweise Hochschulen und Betriebe enger zusammengebracht werden. Ein wichtiges Projekt hierfür ist „innovation2business.nrw“, das sich die gezielte Vermittlung von Hochschul-Know-how auf die Fahnen geschrieben hat.

Cybersicherheit ernst nehmen und Schutz sicherstellen

Cybersicherheit ist ein zentrales Thema in der Digitalisierung und macht

vielen Betrieben große Sorgen. Es wäre jedoch falsch, digitale Wege aus Furcht vor möglichen Angriffen nicht zu gehen. Vielmehr gilt es, Cybersicherheit ernst zu nehmen und einen bestmöglichen Schutz sicherzustellen. Es ist daher zu begrüßen, dass das Land NRW dieses Thema mit Nachdruck voranbringt.

Im Rahmen der Initiative „Wirtschaft. Digital.Sicher.NRW“, die vom Wirtschaftsministerium NRW gefördert wird, wurden Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit in Unternehmen vereinbart. Im August 2023 hat unternehmer nrw zusammen mit weiteren Partnern aus der Wirtschaft eine Zusammenarbeit mit dem Land unterzeichnet.

Wichtige Maßnahmen sind unter anderem die Kampagne „Tür zu im

Netz“ und eine Roadshow zur digitalen Sicherheit. In einem Workshop für Vertreter der Mitgliedsverbände von unternehmer nrw hat „Wirtschaft. Digital.Sicher.NRW“ für das Thema sensibilisiert und praktische Hilfen für weitere Schritte zur Cybersicherheit vor Ort gegeben.

unternehmer nrw beteiligt sich zudem an den regelmäßigen Spitzengesprächen „Cybersicherheit in der Wirtschaft NRW“ unter Leitung von Wirtschaftsministerin Mona Neubaur. Auch der Austausch mit Innenminister Herbert Reul in der Vorstandssitzung von unternehmer nrw im November 2023 zeigte, dass das Thema politikfeldübergreifend in der Landesregierung verankert ist. Der Minister hob Cybersicherheit als zentrales Thema hervor und appellierte an die Wirtschaft, Angriffe zu melden, damit die Behörden reagieren können.

KI: Schwung für betriebliche Praxis nutzen

Mit Angeboten wie ChatGPT ist künstliche Intelligenz (KI) für viele deutlich sicht- und greifbarer geworden. Das Thema hat an zusätzlichem Schwung gewonnen. Trotzdem stellt sich oft die Frage, wie KI konkret und mit echtem Nutzen im betrieblichen Kontext eingesetzt werden kann. Wichtig sind insofern praxisnahe Unterstützungsangebote, die einen niederschweligen Einstieg ermöglichen.

Zu begrüßen ist daher, dass das Land NRW bei KI einen Schwerpunkt der Innovationsförderung legt. Dazu gehört das Kompetenznetzwerk KI.NRW, das sich im Dezember 2023 auch in der Geschäftsführerkonferenz von unternehmer nrw vorgestellt hat. Dabei wurde deutlich, dass KI „da ist, um zu bleiben“, sich aber auch gleichzeitig schnell weiterentwickelt.

Die Anwendungsmöglichkeiten sind sehr vielfältig – KI.NRW unterstützt beim Einstieg durch zahlreiche Ange-



6 von 10

So viele Unternehmen auf der ganzen Welt sehen das Risiko eines Cyberangriffs als ihre Hauptbedrohung, noch vor den Herausforderungen durch Betriebsausfälle (31 Prozent) und Naturkatastrophen (26 Prozent).

Quelle: Allianz Risk Barometer 2024

bote wie etwa einer KI-Sprechstunde, der KI-Landkarte oder AI.Shadowing. Im Oktober 2023 nahm unternehmer nrw am KI.Forum 2023 teil, der Jahrestagung von KI.NRW in Köln. Das Abschlussgespräch fokussierte sich auf das Thema „Wie fange ich an?“ Hierbei wurde deutlich, dass es für eine sinnvolle Nutzung von KI gute Rahmenbedingungen braucht – Unterstützungsangebote, Fachkräfte,

keine Überregulierung. Wichtig sind auch Mut und Offenheit, den Einstieg zu wagen, und konkret zu überlegen, wo KI sinnvoll im betrieblichen Kontext eingesetzt werden kann. Auch in die Verbandsarbeit hält KI Einzug. Erprobt werden Tools etwa in juristischen, arbeitswissenschaftlichen sowie arbeitswirtschaftlichen Themenfeldern.



Wir verlieren den Anschluss – und die Mitte

„It’s the economy, stupid!“ Dieser Wahlkampfclaim von Bill Clinton aus dem Jahr 1992 hat nichts von seiner Aktualität verloren: Wenn die Wirtschaft nicht läuft, gerät alles andere ins Rutschen. Genau das erleben wir aktuell bei uns in Deutschland. (...) Statt Lokomotive steht Deutschland als einzige Industrienation auf der Wachstumsbremse. An zu vielen Stellen wird schulterzuckend in Kauf genommen, dass Regeln, Vorschriften und Steuern die deutschen Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz (vielleicht ja sogar willentlich) ausbremsen, um nicht zu sagen: ersticken.“



Foto: Unternehmerverband
Dr. Marcus Korthäuer
Geschäftsführender Gesellschafter der ESPERA-WERKE GmbH und Vorsitzender des Unternehmerverbands Duisburg

Aus: „Klartext im Westen“ vom 7. Dezember 2023
www.wirtschaftsblog.nrw



Robuster Arbeitsmarkt bekommt Risse

- > **Arbeitsmarkt nicht überreizen**
- > **Arbeits- und Fachkräftemangel gemeinsam bewältigen**
- > **Beschäftigungspotenziale erschließen**



Quartalsgespräch zur Fachkräfteoffensive im Hause unternehmer nrw, November 2023. Foto: unternehmer nrw

Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen zeigt sich zwar noch recht robust. Doch die angespannte wirtschaftliche Lage hinterlässt bereits erste Spuren. Gleichzeitig bleibt die Fachkräftesicherung weiterhin das bestimmende Thema, das viele Unternehmen mittlerweile bremst.

Wirtschaftliche Lasten gefährden robusten Arbeitsmarkt

Im Dezember 2023 zog unternehmer nrw in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit (RD NRW der BA) und dem DGB NRW traditionell Bilanz zum Arbeitsmarkt im abgelaufenen Jahr. Dabei betonte Präsident Kirchhoff, der robuste

Arbeitsmarkt dürfe nicht als selbstverständlich angesehen werden, denn die wirtschaftliche Lage sei außerordentlich ernst. Belastungen der Unternehmen etwa durch hohe Energiekosten, eine lähmende Bürokratie und die im internationalen Vergleich zu hohen Steuern und Abgaben würden nicht dauerhaft am Arbeitsmarkt vorbeigehen.

Aus Sicht der Wirtschaft braucht es vor allem Verlässlichkeit in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund stellt und dabei Wirtschaft und Arbeit den Vorrang gibt. Nur Unternehmen, die zuversichtlich in ihre Zukunft blicken und international wettbewerbsfähig sind, können am Standort Deutschland Arbeitsplätze schaffen.

Fachkräfteoffensive NRW mitgestalten

unternehmer nrw begrüßt die im Koalitionsvertrag verankerte Fachkräfteoffensive (FKO) des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) und begleitet sie eng. Gemeinsam mit den Partnern des Arbeitsmarktpolitischen Beirats der RD NRW der BA hat die Landesvereinigung im Oktober 2023 in einer gemeinsamen Erklärung ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht. Erste vereinbarte Maßnahmen wie etwa digitale Elternabende wurden bereits umgesetzt. Im November 2023 traf sich das Begleitgremium zur FKO in den Räumlichkeiten von unternehmer nrw. Hierbei stellte die Landesvereinigung arbeitgeberseiti-

ge Initiativen zur Fachkräftesicherung vor und bekräftigte die Forderung nach ressortübergreifend abgestimmten und koordinierten Initiativen zur Umsetzung der FKO.

Erste Ergebnisse und nächste Umsetzungsschritte der FKO präsentierte Staatssekretär Matthias Heidmeier dann beim Ausschuss Personal- und Bildungspolitik im BZI Remscheid im April 2024. Dabei informierte er sich gleichzeitig über die vielfältigen Aktivitäten der NRW-Wirtschaft. In der Diskussion wurde deutlich, dass sämtliche Potenziale zur Arbeits- und Fachkräftesicherung in den Blick genommen werden müssen.

Inklusion in der Arbeitswelt fördern

Zur Stärkung der Inklusion in den Arbeitsmarkt hat die Landesvereinigung mit dem Arbeitsministerium und weiteren Partnern im April 2024 eine Inklusionsinitiative unterzeichnet. Dabei wurde von unternehmer nrw die Notwendigkeit von guten Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Betriebe hervorgehoben. Zudem engagiert sich unternehmer nrw, gute Beispiele gelungener Inklusion sichtbar zu machen, wie etwa beim VdK-Inklusionspreis vilma.

Zuwanderung praktikabel gestalten

Die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland ist ein wichtiger Baustein der Fachkräftesicherung. unternehmer nrw informiert nicht nur regelmäßig über die gesetzlichen Rahmenbedingungen, sondern organisiert auch den Austausch untereinander sowie mit Fachexperten. Die Rückmeldungen aus den Unternehmen zeigen, dass zügige Verwaltungsverfahren, attraktive Lebensbedingungen sowie eine echte Willkommenskultur in Deutschland erforderlich sind, um Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Diese Forderungen werden kontinuierlich in Gesprächen mit Politik und Landesregierung platziert.

ONLINE-REIHE

#NRWirtschaftSichertFachkräfte etabliert

Mit der Online-Reihe zeigt unternehmer nrw Förder- und Beratungsangebote, schafft themenorientierte Vernetzung in der Mitgliedschaft und macht gute Praxisbeispiele zur Fachkräftesicherung sichtbar. Bisher wurden fünf Veranstaltungen zu den Themen Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, betriebliche Gesundheitsförderung, Übergangsbereich und Ausbildung, Fachkräftegewinnung aus dem Ausland sowie Integration von geflüchteten und langzeitarbeitslosen Menschen durchgeführt.

Integration von Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen beschleunigen

Im April 2024 haben Vertreter des NRW-Arbeitsministeriums und der RD NRW der BA im Rahmen der Veranstaltungsreihe #NRWirtschaftSichertFachkräfte die Maßnahmen des sogenannten Job-Turbos zur Integration von Geflüchteten vorgestellt. Im Austausch mit Mitgliedsverbänden und Unternehmen wurde deut-

lich, dass die schnelle Vermittlung von Sprachkenntnissen und eine pragmatische Hilfestellung der Behörden wesentliche Erfolgsfaktoren sind. Begleitend zur Initiative des Bundes und mit dem Ziel der Nutzung inländischer Beschäftigungspotenziale führt die Landesregierung gemeinsam mit den 18 kommunalen Jobcentern eine sogenannte Vermittlungsoffensive von langzeitarbeitslosen Menschen durch. Die Landesvereinigung begrüßt die abgestimmte Vorgehensweise und begleitet die Initiativen.



Herausforderung Fachkräftemangel

„Verlässliche Betreuungsstrukturen, die erfolgreich auch ihren Bildungsauftrag umsetzen, sind die Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Bundeslandes (...). Wir erleben allerdings, dass der Mangel an Fach- und Arbeitskräften die Funktionsfähigkeit der sozialen Infrastruktur und die Erfüllung ihrer gesellschaftlich wichtigen Aufgaben zunehmend infrage stellt. Dabei ist der Fach- und Arbeitskräftemangel kein alleiniges Problem der Sozial- und Erziehungsberufe. Fast jeder Bereich vom Handwerk über die Industrie bis in den Gesundheitsbereich und die Verwaltung spürt diesen Mangel. Damit ist der Fach- und Arbeitskräftemangel vielleicht die zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“



Josefina Paul
Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Aus: „Klartext im Westen“ vom 27. Oktober 2023
www.wirtschaftsblog.nrw



Entscheidendes Jahr für Europa

- > Europawahl 2024: Breite europapolitische Debatte gefordert
- > Dexit würde NRW 490.000 Arbeitsplätze kosten
- > Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau als Top-Priorität



Der Vorstand von unternehmer nrw bei der Aktion „Flagge zeigen für Europa“ Foto: Meyer

Europawahl 2024 – wichtig wie selten zuvor

Europa steht unter enormem Druck. Die Gründe sind mannigfaltig: massive internationale Krisen, der harte globale Standortwettbewerb, die Bedrohung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit durch radikale Kräfte. Hinzu kommen lähmende Bürokratie, zu teure Energie und gebremstes Wachstum in vielen Mitgliedsstaaten.

All dies stellt Europa vor gewaltige Herausforderungen. Einmal mehr muss die EU den schwierigen Balanceakt zwischen Krisenbewältigung und großen Zukunftsthemen meistern. Dieser wird allerdings nur mit einer geeinten und handlungsfähigen EU gelingen. Damit wird klar: Die Europawahl 2024 ist eine der wichtigsten Wahlen seit Bestehen der EU.

#NRWirtschaftFürEuropa

Im Vorfeld der Europawahl 2024 wirbt unternehmer nrw für eine engagierte und intensive europapolitische Debatte. Dabei stellt die Landesvereinigung immer wieder die herausragende Bedeutung Europas für Wohlstand und Arbeitsplätze in NRW heraus. Das im Aschermittwoch-Pressesgespräch am 14. Februar 2024 vorgestellte wirtschaftspolitische Papier zur Europawahl „Starkes Europa – Starke Wirtschaft I Starke Wirtschaft – Starkes Europa“ bündelt die wesentlichen Kernbotschaften und Erwartungen an die europäische Politik.

Kernelemente sind die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Bürokratieabbau, die Vollendung des Binnenmarkts, die erfolgreiche Transformation und die Stärkung der

internationalen Rolle Europas. Eines ist klar: Trotz all ihrer Schwächen ist die Europäische Union das Beste, was unserem Kontinent in seiner langen Geschichte passiert ist.

Stark durch die EU

Die überragende wirtschaftspolitische Bedeutung der EU für Nordrhein-Westfalen wird in der Studie „NRW: Stark durch die EU“ sichtbar. Die Studie, die das IW im Auftrag von unternehmer nrw erstellt hat, zeigt das Ausmaß der Verflechtung zwischen Nordrhein-Westfalen und den EU-Mitgliedsstaaten bei Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Direktinvestitionen. Das größte Bundesland der Republik profitiert in allen Feldern auch deutlich mehr von der EU als Deutschland insgesamt. Die Ergeb-

nisse der IW-Ökonomen zeigen auch: Wer die EU-Integration stoppen oder gar rückgängig machen will, gefährdet nicht nur die Zukunft des Friedens- und Freiheitsprojekts Europa, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit des Kontinents im globalen Standortwettbewerb. Und Nordrhein-Westfalen wäre von einer solchen Entwicklung besonders betroffen.

„Business as usual“ statt Belastungsstopp

So unstrittig die große Bedeutung von Europa für die NRW-Wirtschaft ist, so sehr benötigt sie mehr denn je einen Belastungsstopp. Zwar kündigt die EU-Kommission immer wieder Vorstöße zum Abbau der Bürokratie und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit an. Allerdings bleiben die Kommissions-Initiativen bislang Lippenbekenntnisse. Um die Ziele des Green Deals zu erreichen, sind end-

lich massive Beschleunigungen und Vereinfachungen der Planungs- und Genehmigungsverfahren erforderlich. Auch im Bereich der Sozialpolitik befindet sich die EU mit Vorhaben wie der Plattformarbeits-Richtlinie, Entgelttransparenz-Regelungen, Mindestlohn-Vorschriften sowie der Überarbeitung der Europäischen Betriebsrats-Richtlinie weiterhin auf dem Irrweg. Ebenso stellen neue komplizierte, inkohärente und unberechenbare Berichterstattungspflichten die Unternehmen vor große Herausforderungen.

Praxisferne Lieferketten-Regulierung

Massiv ist die Kontroverse bei der Regulierung von Lieferketten: Schon die Umsetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes führt bei den Unternehmen zu erheblichen Mehrbelastungen und erschwerter

Diversifizierung. Ungeachtet der anhaltenden Wirtschaftskrisen und entgegen allen Bekenntnissen zu Wettbewerbsfähigkeit, Bürokratieabbau und dem Green-Deal-Industrieplan schafft die im März verabschiedete EU-Lieferketten-Richtlinie neue bürokratische Pflichten. In einem beispiellosen Verfahren wurde die Richtlinie fern des ordentlichen Gesetzgebungs- und etablierten Trilogverfahrens gegen alle Widerstände der Mitgliedsstaaten durchgesetzt.

Aufgrund rechtsunsicherer Bestimmungen und drohender Sanktions- und Haftungsrisiken könnten sich Unternehmen aus wichtigen Drittländern zurückziehen. Menschenrechten und Umweltschutz wird damit ein Bärendienst erwiesen. Unternehmer nrw hat sich im gesamten Verfahren im Schulderschluss mit den Dachverbänden stets für handhabbare und rechtssichere Regelungen starkgemacht und wird dies auch weiter tun.

3 FRAGEN ZUR SACHE

„FOKUS AUF WETTBEWERBSFÄHIGKEIT RICHTEN“

Im Rückblick: Wie lautet Ihr Fazit zur vergangenen Legislaturperiode?

Das politische Brüssel war vor allem von Krisen und Turbulenzen geprägt. Allen voran die Coronapandemie sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Demgegenüber sind Themen wie Europas wirtschaftliche Kraft und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf der Strecke geblieben. Hier brauchen wir dringend einen Kurswechsel.

Wie blicken Sie auf die Europawahl 2024?

Mit Spannung, aber auch mit Sorge. Die Europawahl ist hoffentlich keine Denkmahlwahl der jeweiligen nationalen Regierung. Ich hoffe, dass jedem Einzelnen bewusst ist, welche Bedeutung diese Wahl

für die Zukunft Europas hat. Europa-feindlichen Positionen müssen wir mit einer klaren europapolitischen Debatte begegnen. Denn eines ist sicher: Ein „Dexit“ hätte verheerende Folgen für die Menschen in unserem Land. In Nordrhein-Westfalen stünden 490.000 Arbeitsplätze und eine Wirtschaftsleistung von 38 Milliarden Euro auf dem Spiel.

Welche Erwartungen hat die NRW-Wirtschaft an die neue EU-Legislaturperiode?

Die Herausforderungen für das neue EU-Parlament und die neue EU-Kommission sind gewaltig. Wir werden Mammutaufgaben wie die nachhaltige und digitale Transformation aber nicht mit mehr Bürokratie, generellen Verbote und neuen Grenzwerten schaffen. Um die Herausforderungen zu meistern, braucht es starke Unternehmen



Isabelle Oster
Internationales & Europa
Leitung Büro Brüssel

in Europa. Daher muss der Fokus vor allem auf der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit liegen. Die EU muss zudem den Bürokratieabbau ernst nehmen und den Mittelstand stärken. Auch die Vollendung des Binnenmarkts muss zu einem zentralen Projekt werden.



Arbeitszeit: Frage der Wettbewerbsfähigkeit

- > **Arbeitszeitmodell Vier-Tage-Woche schon heute möglich**
- > **Studienergebnisse kaum repräsentativ**
- > **Betriebliche Erfordernisse sind entscheidend**



Foto: Kzenon – stock.adobe.com

Die überwiegende Anzahl der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland erbringt ihre Arbeitsleistung in der sogenannten Fünf-Tage-Woche. Die Arbeitszeit verteilt sich also auf fünf Werktage in der Woche. Angestoßen durch Studienergebnisse aus dem Ausland und gewerkschaftliche Debatten über die Anforderungen an einen „modernen“ Arbeitsmarkt wird in den Medien, der Politik und der Öffentlichkeit über die Einführung einer sogenannten Vier-Tage-Woche diskutiert.

Dabei liegt der Teufel schon von Beginn an im Detail: Denn die Debatte über die Vier-Tage-Woche wird oft in einem unterschiedlichen Begriffsverständnis geführt. Die einen verstehen darunter die Verteilung der bestehenden Arbeitszeit auf weniger Tage in der Woche, die anderen verknüpfen die Frage der Arbeitszeit-

verteilung mit der Reduzierung des bestehenden Arbeitszeitvolumens. Gemeinsam ist den verschiedenen Ansätzen lediglich die Idee, die reguläre Arbeitswoche für Vollzeitbeschäftigte von in der Regel bisher fünf auf vier Tage zu verkürzen.

Verteilung der Arbeitszeit auf vier Tage schon heute möglich

Maßgebliche Vorgaben zur Verteilung der Arbeitszeit ergeben sich aus dem Arbeitszeitgesetz. Danach darf die tägliche Arbeitszeit grundsätzlich acht Stunden nicht übersteigen. Unter bestimmten Bedingungen kann sie auf bis zu zehn Stunden ausgeweitet werden. Die tarifliche Wochenarbeitszeit Vollzeitbeschäftigter beträgt im Durchschnitt 37,7 Stunden, und auch jenseits dessen wird vertraglich oft-

mals ein Arbeitszeitvolumen in der Größenordnung bis zu 40 Stunden pro Woche vereinbart. Für einen großen Teil der Vollzeitarbeitsverhältnisse besteht damit bereits heute die Möglichkeit, die Arbeitszeit – ohne Reduzierung des vereinbarten Arbeitszeitvolumens – so auf die Woche zu verteilen, dass die Arbeitsleistung an weniger als fünf Tagen pro Woche erbracht wird, zum Beispiel an vier Tagen je zehn Stunden zu arbeiten. Zu beachten ist dann, dass an den einzelnen Arbeitstagen keine zeitliche Flexibilität mehr bleibt. Ein Vor- oder Nachholen von Arbeitszeiten etwa im Rahmen eines Gleitzeitensystems oder auch die Erbringung von Mehrarbeit wäre nicht möglich.

Darüber hinaus müssen die weiteren Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes beachtet werden, so beispielsweise die Vorgabe, dass zwischen den einzel-

nen Arbeitstagen eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden liegen muss.

Betriebliche Belange sind entscheidend

Die Einführung einer Vier-Tage-Woche ohne Arbeitszeitreduzierung ist also in vielen Fällen bereits möglich. Entscheidend sind jedoch die betrieblichen Belange. Arbeitszeitmodelle müssen vorrangig auf die spezifischen Anforderungen des Betriebs – insbesondere eine optimale Betriebsnutzungszeit – zugeschnitten sein. Diese sind unter anderem je nach Branche, Betrieb oder auch aktueller Auslastung stark variabel. Zudem müssen individuelle Aspekte wie eine effiziente Nutzung der Maschinen und Anlagen, eine zügige Erfüllung von Lieferverpflichtungen sowie die Erbringung von Dienstleistungen oder auch die Sicherstellung der Ansprechbarkeit durch Kunden zu bestimmten Zeiten als entscheidende Kriterien bei der Frage des Arbeitszeitmodells berücksichtigt werden.

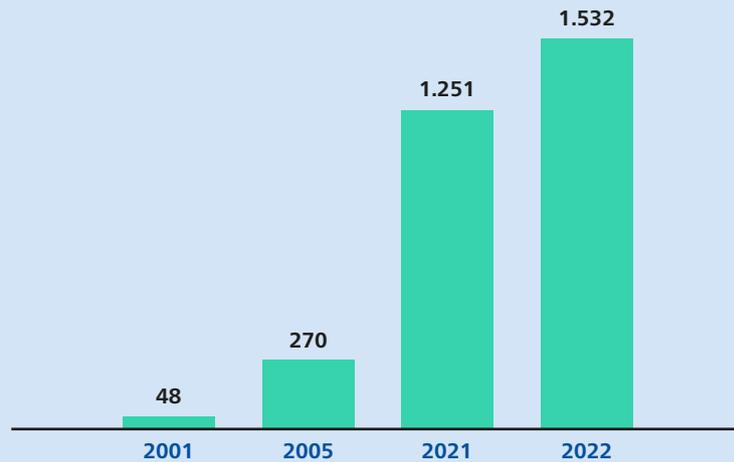
Nicht akzeptabel: Entgeltausgleich bei weniger Arbeitszeit

Noch kritischer wird es, wenn es bei der Frage der Vier-Tage-Woche nicht nur um eine veränderte Verteilung der bestehenden Arbeitszeit geht, sondern diese mit einer Verkürzung und einem Entgeltausgleich verbunden wird. Einer Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung aus dem November 2022 zufolge bejahten rund 80 Prozent der vollzeitbeschäftigten Teilnehmenden den Wunsch nach einer Vier-Tage-Woche mit einer entsprechenden Arbeitszeitverkürzung. 73 Prozent knüpften diese Zustimmung an die Bedingung, dass diese Arbeitszeitverkürzung mit Entgeltausgleich erfolge.

Ein solches Konstrukt würde zwangsläufig zu einer erheblichen Erhöhung der Arbeitskosten und so zu einem weiteren Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland führen. Mit durchschnittlich 39,50 Euro sind

STREIKAKTIVITÄT IN DEUTSCHLAND

ANZAHL BETROFFENER BETRIEBE



Quelle: BA-Streikstatistik, 2023

die Arbeitskosten in Deutschland im europäischen Vergleich bereits heute überdurchschnittlich hoch. Entfallen die Arbeitsstunden eines von fünf Wochenarbeitsstagen bei vollem Entgeltausgleich, würde dies einer Erhöhung der Stundenentgelte um 20 Prozent entsprechen. Dass dies durch entsprechende dauerhafte Produktivitätssteigerungen ausgeglichen werden könnte, wie Befürworter dieses Modells suggerieren, ist mehr

als unwahrscheinlich. Hinzu kommt, dass insbesondere in Pflege- oder Gesundheitsberufen bereits heute ein erheblicher Arbeitskräfteengpass zu verzeichnen ist. Zum Ausgleich entfallender Kapazitäten müsste in diesen Bereichen weiteres Personal eingestellt werden. Selbst wenn es gelänge, zusätzliche Arbeitskräfte auf dem engen Arbeitsmarkt zu gewinnen, würden dadurch weitere Kostensteigerungen verursacht.



Bereitschaft zur Leistung muss erkennbar sein

„Wenn wir hier am Standort Deutschland weiterhin erfolgreich sein wollen, dann muss auch die Bereitschaft zur Leistung wieder deutlich erkennbar werden. Zum Mangel an Fachkräften in vielen Bereichen und zur Überalterung der Gesellschaft passen die Forderungen nach immer geringerer Arbeitszeit einfach nicht. Diese sich zuspitzende Situation gibt den Standorten in der Welt weiteren Auftrieb. Damit wir unser sehr resilientes, nachhaltiges und noch relativ wettbewerbsfähiges Geschäftsmodell vor dem Hintergrund unserer Transformation weiter ausbauen können, bedarf es jetzt deutlicher politischer Kurskorrekturen.“



Foto: Neuman & Esser

Alexander Peters
Geschäftsführender Gesellschafter
NEUMAN & ESSER GROUP

Aus: „Klartext im Westen“
vom 26. Februar 2024
www.wirtschaftsblog.nrw

Studienergebnisse nicht repräsentativ

In diesem Zusammenhang werden immer wieder Ergebnisse von Pilotstudien im Ausland als Beleg für die „Machbarkeit“ der Vier-Tage-Woche mit verringerter Arbeitszeit und Entgeltausgleich in der öffentlichen Debatte herangezogen. Insbesondere wird dabei auf eine im Zeitraum von Juni bis Dezember 2022 in Großbritannien durchgeführte Untersuchung zur Vier-Tage-Woche mit verringerter Arbeitszeit und Entgeltausgleich verwiesen. Die positiven Ergebnisse eines solchen Modells wurden breit rezipiert: So hätten sich Fehl- und Krankheitszeiten sowie die Fluktuation reduziert; dennoch sei die Produktivität gehalten oder sogar gesteigert worden. Hier sind allerdings Zweifel angebracht – aus mehreren Gründen:

Eine allgemeine Übertragbarkeit der Ergebnisse scheitert bereits an der mangelnden Repräsentativität der Studie. So nahmen die Unternehmen freiwillig an der Studie teil. Damit kann davon ausgegangen werden, dass bereits eine gewisse Offenheit und Interesse an einer Arbeitszeit-

absenkung mit Entgeltausgleich vorlag und die Betriebe eingestiegen sind, nachdem sie die Vereinbarkeit des Projekts mit ihren individuellen betrieblichen Bedürfnissen geprüft hatten. Zudem handelte es sich bei den teilnehmenden Unternehmen weitestgehend um von Bürotätigkeiten geprägte Dienstleistungsunternehmen. Überdies ist auch die Aussagekraft zum Rückgang von Fehlzeiten aufgrund der kurzen Laufzeit des Projekts eingeschränkt. Da keine konsistente Messung der Produktivität erfolgte, sind die Aussagen zur Produktivität nicht überprüfbar. Ähnliche Kritik wird auch gegenüber weiteren Studienergebnissen aus dem Ausland (zum Beispiel einer Pilotstudie aus Island) geäußert.

Auch in Deutschland erfolgt aktuell bis Dezember 2024 eine Pilotstudie zur Vier-Tage-Woche. Sie wird in Kooperation einer Unternehmensberatung und einer gemeinnützigen Organisation unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Universität Münster durchgeführt. Die Studie legt nach eigenen Aussagen den Fokus auf die Erprobung einer reduzierten Arbeitszeit mit Entgeltausgleich

bei gleichbleibender Produktivität. Die Studie wird durch einen Beirat begleitet, in dem auch die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) und die IG Metall vertreten sind.

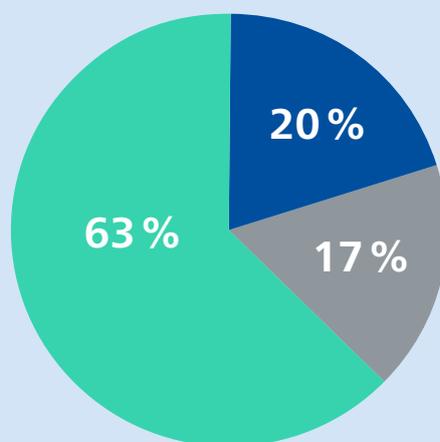
Arbeitszeitgesetz modernisieren und flexibler gestalten

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Festlegung des „richtigen“ Arbeitszeitmodells hochindividuell ist. Ein für alle Unternehmen, Branchen und Betriebe sowie deren Beschäftigte gleichermaßen passendes Modell existiert nicht – auch nicht in Gestalt der Vier-Tage-Woche! Entscheidend ist vielmehr, dass gesetzliche Regelungen genügend Spielraum für individuelle Lösungen bieten, die sowohl den betrieblichen Belangen als auch den Bedürfnissen der Beschäftigten entsprechen. Hier gibt es noch viel Spielraum, insbesondere durch die Anpassung des rund 100 Jahre alten Arbeitszeitgesetzes an die moderne Arbeitswelt. Die Möglichkeit, Arbeitszeiten flexibel zu gestalten, kann dazu beitragen, die Effizienz und Produktivität des Unternehmens zu steigern und gleichzeitig die Zufriedenheit und Motivation der Beschäftigten zu erhöhen.

Ganz wichtig: Die Vielfältigkeit von Arbeitszeitverteilungsmodellen, die bedarfsgerecht von Tarif-, Betriebs- oder auch Arbeitsvertragspartnern ausgehandelt werden, darf nicht durch gesetzliche Vorgaben beschränkt werden. Entschieden abzulehnen sind Bestrebungen einer Vier-Tage-Woche mit Arbeitszeitverkürzung und Entgeltausgleich. Ein solches Modell würde die finanzielle Belastung der Arbeitgeber erheblich erhöhen und somit die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Standort Deutschland um einen weiteren Aspekt zusätzlich gefährden.

Die Frage, an wie vielen Tagen Beschäftigte ihre Arbeit erbringen, sollte daher als das Gesehene werden, was es ist: eine Frage der Verteilung!

MEHRHEITLICH LANGE LAUFZEITEN TARIFABSCHLÜSSE IM JAHR 2023



■ 12 Monate
■ mehr als 12 und unter 20 Monate
■ über 20 Monate

Quelle: BDA TarifService, 2023

Tarifpolitischer Meilenstein: 20 Jahre ERA in der Metall- und Elektroindustrie NRW

Wie sieht eine faire Vergütung aus? Diese Frage ist seit jeher der Kern eines jeden Flächentarifvertrags. Der Tarifvertrag legt den Preis der Arbeit fest. Bedingt durch den fortschreitenden technologischen Wandel, der auch zu neuen Berufsbildern und Qualifikationsanforderungen führte, gab es in den vergangenen Jahren in mehreren Tarifbereichen Modernisierungen dieser tariflichen Regelungen. Eines der ältesten und bekanntesten Beispiele ist das Entgeltrahmenabkommen (ERA) in der Metall- und Elektroindustrie. Im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen feiert ERA in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen.

Am 1. März 2004 in Kraft getreten, wurden darin die zuvor in den Tarifverträgen enthaltenen unterschiedlichen Entgeltregelungen für Arbeiter und Angestellte neu vereinbart und in einem Tarifvertrag vereinheitlicht zusammengefasst. Wo zuvor zwischen „Arbeitern“ und „Angestellten“ unterschieden wurde, wird nunmehr die Bezeichnung „Beschäftigte“ ver-

wendet und werden alle Tätigkeiten in den Betrieben nach einheitlichen Kriterien bewertet. Damit soll ein modernes und gerechtes Arbeitsbewertungssystem für alle Beschäftigten sichergestellt werden.

25 Jahre bis zur Einigung

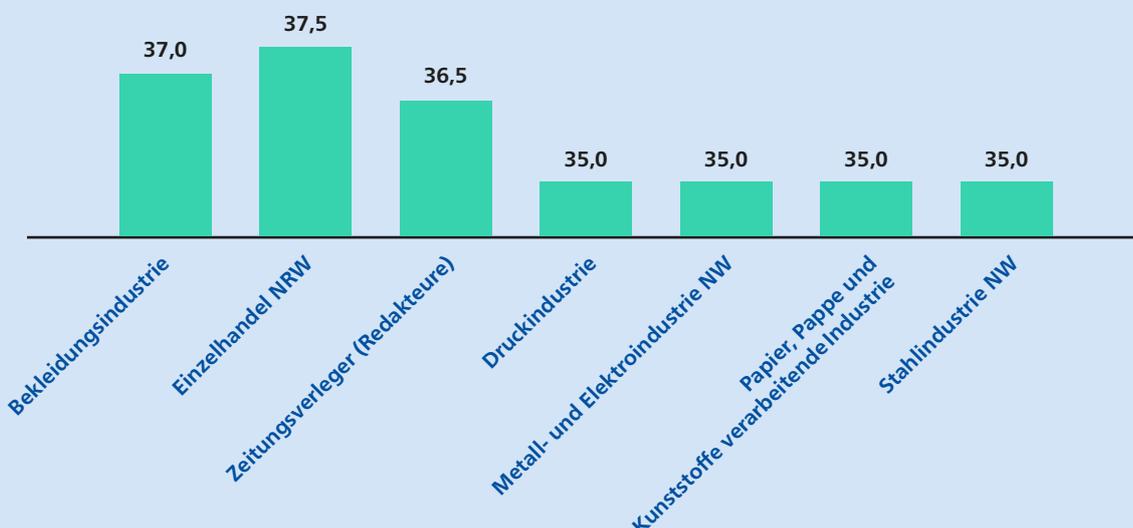
Der Weg dahin war allerdings lang und beschwerlich. Zwischen der Kündigung des alten Lohnrahmenabkommens und dem finalen ERA vergingen nicht weniger als 25 Jahre. In dieser Zeit gab es mehrere Verhandlungsanläufe. Zielführend wurde es allerdings erst ab dem Jahr 1998. In den nachfolgenden fünf Jahren schafften es METALL NRW und IG Metall NRW, zu einem tragfähigen Ergebnis zu gelangen. Es wurde eine mehrjährige Übergangsfrist vereinbart, doch seit 2009 gelten die ERA-Abkommen in grundsätzlich allen tarifgebundenen Betrieben. Entscheidend für den Durchbruch war unter anderem die Einrichtung von

themenbezogenen kleinen Arbeitsgruppen, in denen praktische Lösungen erarbeitet wurden. Dabei war den Tarifvertragsparteien wichtig, auch bereits die Anwendung in der Praxis durch unterstützende Instrumente vorzubereiten. So wurde anhand beispielhafter Arbeitsaufgaben gezeigt, wie die Arbeitsbewertung nach dem neuen Entgeltrahmenabkommen funktioniert.

ERA berücksichtigt bei der Aufgabenbewertung vier Anforderungsmerkmale: Können, Handlungs- und Entscheidungsspielraum, Kooperation sowie Mitarbeiterführung. Für jedes Merkmal wird in einem gestuften System eine Punktzahl ermittelt. Danach erfolgt dann die Einstufung in eine der insgesamt 14 tariflichen Entgeltgruppen. Diese Methodik geht nicht nur über die klassischen tariflichen Aufgabenbewertungssysteme hinaus, sie ermöglicht auch eine zukunftsfähige Anwendung für betriebliche Transformationsprozesse und deren Auswirkungen auf die Arbeitsaufgaben.

WOCHENARBEITSZEIT VON UNTER 38 STUNDEN

ZAHLEICHE FLÄCHENTARIFVERTRÄGE SETZEN DIES BEREITS UM



Quelle: BDA TarifService, 2023



Große Aufgaben bewältigen

- > Modernes Arbeitszeitgesetz steht aus
- > Rentenpaket II: Teures Sozialgesetz
- > Zögerliche Bürokratie-Entlastung



Ausstellung im „Bürokratie-Museum“ der INSM in Berlin. Foto: D. Heim

Im Bereich Arbeits- und Sozialrecht sind große Aufgaben zu bewältigen, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und attraktiv zu halten. Reformen müssen an die moderne Arbeitswelt angepasst sein, Rechtssicherheit bieten und den dringenden Wunsch der Unternehmen nach weniger Bürokratie ernst nehmen.

Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes lässt auf sich warten

Die Diskussion um die Erfassung der Arbeitszeit, ausgelöst durch die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom September 2022, dauert weiter an. In der Wissenschaft wird die Entscheidung sowohl unter rechtssystematischen als auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten kritisch bewertet. Eine gesetzliche

Klarstellung zur Verpflichtung der Arbeitgeber zur Arbeitszeiterfassung und zu deren möglichen Umfang ist auf Bundesebene bisher nicht erfolgt. Der Grund: Der vom Bundesarbeitsministerium entwickelte Referentenentwurf berücksichtigt nicht die im Koalitionsvertrag im Jahr 2021 vereinbarten Vorhaben zur Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes. Zu Recht findet eine dringend notwendige umfassende Reform des rund 100 Jahre alten Arbeitszeitgesetzes ohne eine praxistaugliche Modernisierung keine politische Mehrheit.

In Nordrhein-Westfalen behilft sich die betriebliche Praxis weiter damit, den im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) im April 2023 entwickelten Erlass zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesarbeitsgerichts anzuwenden. Dieser enthält Hinweise, wie

die Arbeitsschutzbehörden mit dem Thema umgehen sollen. Unternehmer NRW stand vor der Veröffentlichung des Erlasses mit dem MAGS und den Sozialpartnern im Austausch, welche Regelungen für die betriebliche Praxis von besonderer Bedeutung sind. Auch deshalb sind offenbar bisher auch nur wenige Beanstandungen der Arbeitsschutzbehörden über eine unzureichende Arbeitszeiterfassung der Unternehmen bekannt geworden.

Betriebsratsvergütung: Gesetzesänderung vor dem Abschluss

Ein herausforderndes arbeitsrechtliches Dauerthema zwischen Betriebsparteien und Gerichten ist die Vergütung von Betriebsratsmitgliedern. Kernelement der Betriebsratsvergütung ist das Ehrenamtsprinzip, das

die innere und äußere Unabhängigkeit der Betriebsratsmitglieder wahr.

Der Gesetzgeber hat sich bewusst gegen eine gesonderte Vergütung der Betriebsrats Tätigkeit entschieden. Stattdessen werden Betriebsratsmitglieder für die Ausübung ihres Ehrenamts im notwendigen Umfang von ihrer beruflichen Tätigkeit ohne Minderung des Arbeitsentgelts befreit. Hierbei dürfen Betriebsratsmitglieder materiell nicht schlechter, aber auch nicht bessergestellt werden als Arbeitnehmer, die vergleichbare Tätigkeiten mit betriebsüblicher beruflicher Entwicklung ausüben.

Im Januar 2023 hat der Bundesgerichtshof in einem prominenten Verfahren festgestellt, dass Unternehmensvertreter sich womöglich strafbar gemacht haben könnten, indem sie Betriebsratsmitgliedern Arbeitsentgelte in teilweise sechsstelliger Höhe bewilligt haben. Dies zeigt, dass die an und für sich klaren gesetzlichen Regeln zur Betriebsratsvergütung in der Vergangenheit durch eine Vielzahl von Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts in Teilen „unscharf“ geworden sind. Dies allerdings erschwert den Unternehmen die Rechtsanwendung im Einzelfall.

Ehrenamtsprinzip bleibt bestehen

Damit zukünftig eine fehlerhafte Anwendung der Rechtsvorschriften zur Betriebsratsvergütung vermieden wird, hat das Bundesarbeitsministerium im Oktober 2023 einen Referentenentwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt. Dieser beruht im Wesentlichen auf dem Vorschlag der von Bundesminister Heil eingesetzten Kommission „Rechtssicherheit in der Betriebsratsvergütung“. Die Neuregelungen halten am Ehrenamtsprinzip fest und sollen die aktuelle Rechtslage lediglich klarstellend fortschreiben. Hierbei soll auch zukünftig zur Bestimmung der mit dem Betriebsratsmitglied vergleichbaren Arbeitnehmer grundsätzlich auf den Zeitpunkt der



Mehr Ü-65er

22 Prozent der Bevölkerung in Deutschland waren 2021 älter als 65 Jahre. 2040 werden es gut 27 Prozent sein.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2024

Übernahme des Betriebsratsamts abgestellt werden.

Nur bei Vorliegen eines sachlichen Grundes soll eine spätere Neubestimmung der Vergleichsgruppe möglich sein. Zudem sollen die Betriebsparteien befugt werden, in einer Betriebsvereinbarung das Verfahren zur Bestimmung vergleichbarer Arbeitnehmer festlegen zu können. Hierdurch will der Gesetzgeber Anreize schaffen, die Vergleichsgruppenbildung im Voraus transparent zu regeln. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf im November 2023 verabschiedet. Er wird von den Sozialpartnern weitgehend „mitgetragen“, obgleich er in seiner Ausgestaltung Schwächen aufweist und nicht alle Rechtsunsicherheiten beseitigt. Auch unternehmer nrw sieht in dem Gesetzesvorhaben nach intensiven Beratungen einen gesetzlichen Kompromiss, der insgesamt einen Zugewinn an Rechtssicherheit für die Unternehmen bedeutet. Das Vorhaben war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

Viertes Bürokratieentlastungsgesetz mit nur leichten Verbesserungen

Als einen der schwerwiegendsten Standortnachteile nennen Unternehmen immer wieder die hierzulande überbordende Bürokratie. In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung angekündigt, dieses Thema anzugehen. Im Januar 2024 wurde der Entwurf für das IV. Bürokratieent-

Gesprächskreis Arbeitsrecht mit Prof. Bayreuther

Zur Sitzung des Gesprächskreises Arbeitsrecht war Prof. Frank Bayreuther (Universität Passau) Ende Februar 2024 zu Gast in Düsseldorf. Dabei erhielten die Teilnehmenden einen Überblick über aktuelle Entwicklungen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Themenkomplex Arbeitsrecht. Im Fokus standen insbesondere die Themen Arbeitszeiterfassung, Entwicklungen im Kündigungsschutzrecht, Urlaubsrecht sowie Rechtsfragen im Zusammenhang mit Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen.



Foto: unternehmer nrw

lastungsgesetz (BEG IV) veröffentlicht. Die darin geplanten Regelungen waren indes enttäuschend, sie blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Von den insgesamt 442 eingereichten Vorschlägen der im Jahr 2023 von der Bundesregierung durchgeführten Verbändebefragung zum Bürokratieabbau hat es nur ein Bruchteil in den Referentenentwurf geschafft.

Ernüchternd war der Gesetzentwurf insbesondere aus arbeitsrechtlicher Sicht: So wurde beim Nachweisgesetz die endgültige Abkehr von der

rückständigen Schriftform (Text mit „Nassunterschrift“) hin zur Textform (zum Beispiel E-Mail) zunächst nicht aufgegriffen. Stattdessen sollte auf die Schriftform beim Nachweis der Arbeitsbedingungen nur verzichtet werden können, wenn der Arbeitsvertrag zuvor von Arbeitgeber und Bewerber entweder in Schriftform oder mit einer „qualifizierten elektronischen Signatur“ (qeS) gezeichnet wurde. Diese Neuregelung konnte in der Praxis keinen Effekt haben, denn insbesondere Arbeitnehmer haben kaum Zugang zu der geforderten Signatur.

Gemeinsam mit den Spitzenverbänden auf Bundesebene hatte unternehmer nrw daraufhin nachdrücklich gefordert, den Nachweis der Arbeitsbedingungen in Textform zu ermöglichen. Mit Erfolg: Am 21. März 2024 bestätigte das Bundesministerium der Justiz, dass die Textform im Nachweisgesetz nun aufgenommen wird. Überdies weist das BEG IV noch weitere, wenn auch kleine Lichtblicke auf. So ist geplant, das Schriftformerfordernis mit Einwilligung des Arbeitnehmers auch für Arbeitszeugnisse entfallen zu lassen. Das Schriftformerfordernis für den Über-

Im Fokus: Sozialsysteme unter Druck

Die 40-Prozent-Grenze ist überschritten: Im Jahr 2024 liegen die Beitragssätze für Versicherte in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 40,9 Prozent, für Kinderlose sogar bei 41,5 Prozent. Damit nahm hierzulande die im internationalen Vergleich ohnehin schon hohe Beitragsbelastung weiter zu. Gründe hierfür sind unter anderem der gestiegene kassenindividuelle Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung sowie die Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrags 2023 (trotz neu eingeführter kinderzahlabhängiger Beitragsstaffelung).

Strukturenreformen sind dringend notwendig

Dabei müssen die Sozialbeiträge nicht nur stabilisiert, sondern möglichst schnell wieder unter die 40-Prozent-Grenze gedrückt werden. Denn die steigenden Lohnzusatzkosten setzen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zusätzlich unter Druck. Die Sozialversicherungen müssen sich wieder auf Leistungen besinnen, die für jene Menschen greifen, die Hilfe benötigen, weil sie sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Neben der

langfristigen Finanzierbarkeit des Sozialstaates ist dies auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit. Klar ist auch: Die Finanzierungsprobleme etwa der Rentenversicherung können nur durch echte Strukturreformen gemildert werden. Davor allerdings scheut die Politik seit Jahren zurück. Viele aktuelle Gesetze und Gesetzesvorhaben zeigen in der Tendenz in die falsche Richtung. Damit verschärft sich die ohnehin angespannte Lage weiter. Zukunftsfeste Lösungen zu erzielen, wird damit immer schwerer.

Fatal ist auch die Entwicklung in der Kranken- und Pflegeversicherung. Die fortgesetzten Leistungsausweitungen führen zu hohen Mehrbelastungen der Beitragszahler. In der Rentenpolitik droht das Rentenpaket II zum teuersten Sozialgesetz dieses Jahrhunderts zu werden. Das dort festgeschriebene Mindestrentenniveau von 48 Prozent erfolgt unter Aufgabe des Nachhaltigkeitsfaktors. Schon heute ist absehbar, dass das Paket nicht solide zu finanzieren ist und unverhältnismäßige Beitragssatzsteigerungen folgen werden. Zudem führt das Rentenpaket zu einer Abkehr vom Prinzip der Generationengerechtigkeit: Denn die Garantie des Rentenniveaus verschiebt die

Lastenverteilung nachhaltig zulasten der jüngeren Beitragszahler- und Rentnergenerationen.

Politik scheut weiterhin Rentenreform

Auch die erwarteten Ausschüttungen des nur über Darlehen finanzierten Generationenkapitals werden – selbst bei Erreichen der ambitionierten Renditeziele – zu keinem spürbaren Finanzierungsbeitrag führen. Selbst der Referentenentwurf erwartet daher vom Generationenkapital nur eine Beitragssatzentlastung im unteren Promillebereich. Nach wie vor verschließt sich die Politik vor Maßnahmen zu einer längeren Lebensarbeitszeit und damit eines späteren Renteneintritts. Dieser Schritt wäre angesichts des deutlich gestiegenen Lebensalters nicht nur angemessen, er würde auch den finanziellen Druck auf die Rentenversicherung spürbar lindern. unternehmer nrw wird im Verbund mit seinen Dach- und Schwesterverbänden weiter für den politischen Mut werben, die möglichen Maßnahmen zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme in allen Zweigen der Sozialversicherung auch tatsächlich umzusetzen.

lassungsvertrag zwischen Verleiher und Entleiher soll ebenfalls durch die Textform abgelöst werden, ebenso Anträge auf Elternzeit.

Dies sind Schritte in die richtige Richtung, trotzdem fehlen an vielen Stellen noch Mut, Risikobereitschaft und Praxisnähe. Das Gesetzesverfahren war zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht beendet. Die BDA wird das parlamentarische Verfahren begleiten und unsere weiteren Forderungen zum Bürokratieabbau einbringen.

Arbeitgeber-Kritik an Krankschreibung per Telefon

Der Gemeinsame Bundesausschuss hat im Dezember 2023 durch eine Änderung in der Arbeitsunfähigkeits-Richtlinie neue Regelungen zur dauerhaften telefonischen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit getroffen. Danach darf eine telefonische Anamnese dann erfolgen, wenn eine Feststellung der Arbeitsunfähigkeit im Rahmen der Videosprechstunde nicht möglich ist. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Versicherten der Arztpraxis aufgrund früherer Behandlung persönlich bekannt sind. Ferner muss es sich um eine Erkrankung handeln, die keine schwere Symptomatik vorweist.

Ungeachtet dieser Vorgaben bewertet unternehmer nrw diese Entwicklung nach wie vor sehr kritisch. Denn bei einer telefonischen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit bestehen nur eingeschränkte Untersuchungsmöglichkeiten. Dies kann einen Fehlgebrauch begünstigen. Aus Sicht der Arbeitgeber trägt nur ein möglichst unmittelbarer Arzt-Patienten-Kontakt dem hohen Beweiswert der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung angemessene Rechnung. Zudem muss das ordnungsgemäße und rechtmäßige Zustandekommen von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auch in Zukunft uneingeschränkt überprüfbar bleiben. unternehmer nrw setzt sich daher dafür ein, dass der Name des



8,5 %

Um diesen Wert werden die gesamten GKV-Ausgaben bis zum Jahr 2040 allein aufgrund der alternden Bevölkerung wachsen. Die Summe aller beitragspflichtigen Einkommen schrumpft dagegen voraussichtlich um mehr als 1 Prozent.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, 2024

Arztes auf der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wieder ersichtlich und die Art der Anamnese auf der ärztlichen Bescheinigung gekennzeichnet wird.

Verbände müssen am elektronischen Rechtsverkehr teilnehmen

Mit dem eJustice-Gesetz aus dem Jahre 2023 hat die Digitalisierung der Justiz ihren Anfang genommen. Nach und nach werden alle professionellen Verfahrensbeteiligten verpflichtet, aktiv und passiv am elektronischen Rechtsverkehr teilzunehmen. Diese Pflichten gelten bereits heute für Syn-

dikusrechtsanwälte in den Verbänden. Zusätzlich werden die Verbände sukzessive auch organisationsbezogen von diesen Pflichten erfasst. So sind sie seit dem 1. Januar 2024 zur passiven Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr verpflichtet. Die flächendeckende aktive Nutzungspflicht für die Verbände besteht ab dem 1. Januar 2026. Ihnen steht für die sichere elektronische Kommunikation mit den Gerichten insbesondere das elektronische Bürger- und Organisationenpostfach (eBO) zur Verfügung. Mittlerweile konnten bereits einige drängende Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Nutzungspflicht für die Verbände höchstrichterlich oder auch auf der politischen Ebene unter Mitwirkung von unternehmer nrw geklärt werden.



Turbo für Talente

„Als Wissenschaftsministerium geben wir den Hochschulen Geld, um Talentscouts auszubilden, die in alle Gymnasien und Berufskollegs gehen. Dort sprechen sie mit allen jungen Menschen, die unsicher sind, wie es nach der Schule weitergeht, oder die von Lehrerinnen und Lehrern empfohlen werden, weil sie mit guten Leistungen glänzen, aber vielleicht zu Hause wenig Unterstützung bekommen (...). Der Erfolg ist messbar: Deutlich mehr junge Menschen aus Akademiker-Haushalten machen eine Ausbildung, und deutlich mehr Menschen aus Nicht-Akademiker-Haushalten studieren. Talentscouts gelingt es also, die unsichtbaren, aber real existierenden Barrieren aufzubrechen.“



Ina Brandes
Ministerin für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Aus: „Klartext im Westen“
vom 21. November 2023
www.wirtschaftsblog.nrw

PRESSEKONFERENZ NRW



Kommunikation für den Standort NRW

- > Der Bundeskanzler auf dem Unternehmertag NRW 2023
- > Sorgen um den Wirtschafts- und Industriestandort NRW
- > Europawahl 2024 im Fokus



Vorstellung der Europa-Studie in der Landespressekonferenz, März 2024. Foto: Meyer

Medialer Fokus auf Wirtschaftspolitik

Die Sorge um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Nordrhein-Westfalen steht in diesen Zeiten im Fokus der Verbandskommunikation von unternehmer nrw. In den unterschiedlichsten Formaten dringen Vertreter des Verbands gegenüber den Medien immer wieder regelmäßig und mit Nachdruck auf eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und sprechen Fehlentwicklungen deutlich an.

Im Folgenden ein Überblick über die wichtigsten Momente der verbandlichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: In einem Gastbeitrag für die Rheinische Post im August 2023 fordert NRW-Unternehmerpräsident

Arndt G. Kirchhoff die Bundesregierung auf, das angekündigte „Deutschland-Tempo“ jetzt zum Maßstab des Regierungshandelns zu machen. Anders seien die gewaltigen Herausforderungen der Transformation in der von der Politik vorgegebenen ambitionierten Zeitplanung nicht zu schaffen.

Bundeskanzler Scholz zu Gast beim Unternehmertag NRW

Zum Unternehmertag Nordrhein-Westfalen am 16. August hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigt. Das Medieninteresse ist immens. Die ARD-Tagesschau sendet in mehreren Sendungen Interviews mit dem Präsidenten, auch die Tages-themen berichten abends. Der WDR

spricht noch während des Unternehmertages in einer Live-Schleife für die Aktuelle Stunde mit Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering, auch WELT-TV berichtet live. Überdies sind alle wichtigen regionalen Medien aus NRW anwesend, zudem die Landeskorrespondenten überregionaler Medien. Schwerpunkt-Thema des Unternehmertages ist der Industriestrompreis, den nicht nur Kirchhoff mit deutlichen Worten fordert, sondern auch mehrere Unternehmerinnen und Unternehmer in einem von Andreas Tyrock, Chefredakteur der WAZ, moderierten Talk mit dem Bundeskanzler.

Als sich Ende August das Bundeskabinett auf seiner Klausur in Meseberg zwar auf ein Wachstumschancengesetz, nicht aber auf einen Industriestrompreis verständigt, macht

Johannes Pöttering aus seiner Enttäuschung in einem Interview mit WDR5 keinen Hehl. Es sei zwar gut, dass sich die Bundesregierung nun endlich über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland Gedanken mache, allerdings blieben die in Meseberg verabredeten Maßnahmen weit hinter den Erfordernissen der Wirtschaft zurück. Kurz darauf schlägt der Bundeskanzler einen „Deutschland-Pakt“ vor, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Pöttering entgegnet hierzu im Kölner Stadt-Anzeiger, es sei zwar gut, dass der Bundeskanzler die Probleme klar benenne, allerdings sei jetzt nicht die Zeit für neue Ankündigungen und Diskussionsformate, sondern für konkretes Handeln.

Den Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im September nimmt Pöttering zum Anlass, via dpa noch einmal angesichts hoher Energiepreise sowie Steuern und Abgaben auf den enormen Kostendruck für die Unternehmen hinzuweisen. Als der DGB in NRW für das Bundesland massive über Schulden finanzierte öffentliche

Investitionen fordert, warnt Pöttering ebenfalls gegenüber dpa, hier die langfristige Handlungsfähigkeit des Staats fest im Blick zu behalten.

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist im September auch Thema einer Rede von Präsident Kirchhoff auf einer Veranstaltung der Ostwestfalen-Lippe GmbH in der Zukunftsmeile in Paderborn. In der Neuen Westfälischen wird er anderntags zitiert, viel zu lange seien hierzulande die Debatten die eines Landes gewesen, das glaubte, sich alles leisten zu können. Jetzt sei ein politischer Kraftakt überfällig.

Kritik an der Vier-Tage-Woche

Als im September die Debatte über die Einführung einer Vier-Tage-Woche aufkommt, warnt Pöttering im Interview mit WDR5 vor pauschalen Lösungen in der Diskussion und empfiehlt, immer eine Einzelfallbetrachtung in den Unternehmen anzustreben. Angesichts der enormen

Herausforderungen im Wettbewerb und des demografischen Wandels hält er eine gesellschaftspolitische Debatte über allgemeine Arbeitszeitverkürzungen für völlig verfehlt. Diesen Standpunkt bekräftigt er auch Anfang Oktober gegenüber der Rheinischen Post.

Im Oktober ist Präsident Kirchhoff zu einem Redaktionsbesuch bei der Westdeutschen Zeitung in Wuppertal verabredet. Dabei fordert er von der Bundesregierung – insbesondere vom Bundeskanzler – angesichts der großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen mehr Führung. Überdies mahnt er die Bundes- wie die Landespolitik zu mehr Anstrengungen beim Bürokratieabbau, bei der Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren und bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Ebenfalls im Oktober erscheint im Kölner Stadt-Anzeiger ein Interview mit Hauptgeschäftsführer Pöttering. Er befürchtet, dass NRW zentrale Glieder am Anfang der Wertschöp-



In unseren Fabriken und Büros ist kein Platz für Extremismus

„Als Land und als Volkswirtschaft sind wir darauf angewiesen, dass Deutschland weltoffen bleibt. Angesichts des demografischen Wandels müssen wir attraktiv bleiben für die klügsten Köpfe der Welt. Freiheit, Toleranz und Respekt sind eine Grundvoraussetzung dafür. Und für eine Exportnation ist nationale Abschottung jeglicher Art sowieso ein Irrweg. All dies sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Und obwohl gerade wir in international agierenden Konzernen sicherlich wenig Nachholbedarf in Sachen Weltoffenheit haben, ist es in diesen Zeiten wichtig, diese Selbstverständlichkeiten immer wieder auszusprechen.“

Aus: „Klartext im Westen“
vom 22. April 2024
www.wirtschaftsblog.nrw



Foto: LANXESS

Matthias Zachert
Vorstandsvorsitzender
der Lanxess AG

Video-Kampagne zur Europawahl 2024

Im Vorfeld der Europawahl am 9. Juni 2024 äußerten mehr als 30 Unternehmerinnen und Unternehmer aus unterschiedlichen Branchen und Regionen in kurzen Video-Statements ihre Erwartungen an die zukünftige Politik der EU. Die Videos wurden über die sozialen Netzwerke von unternehmer nrw verbreitet.



Fotos: unternehmer nrw

Hier gehts zur Video-Kampagne ->



fungskette verliert, wenn gerade die energieintensiven Betriebe nicht schon bald eine verlässliche Perspektive bei den Energiekosten erhielten.

Als im November der Bundestag das Fachkräfteeinwanderungsgesetz verabschiedet, bewertet Tanja Nackmayr, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin von unternehmer nrw, das Gesetz gegenüber WDR 5 als „Schritt in die richtige Richtung, aber bei Weitem nicht als Durchbruch“. Wichtig wäre es, wenn endlich die Verwaltungsverfahren für anzuwerbende Fachkräfte aus dem Ausland erheblich verschlankt würden.

Weichen stellen für internationale Wettbewerbsfähigkeit

Im Dezember zieht Präsident Kirchhoff Halbzeit-Bilanz zur Arbeit der Bundesregierung. Der WAZ sagt er, die NRW-Wirtschaft fordere von der Bundesregierung, die zweite Halbzeit der Legislaturperiode konsequent für umfassende Weichenstellungen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu nutzen. Der Präsident legt ein Papier von unternehmer nrw vor, in dem Vertrauenssignale der Bundesregierung gerade in der Energiepolitik erwartet werden. Als die Ampel wenig später Beschlüsse zur Sicherung des Bundeshaushalts fasst – sie waren nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig geworden –, bemängelt Kirchhoff gegenüber der Rheinischen Post, der industrielle Mittelstand werde durch die Erhöhung des CO₂-Preises zusätzlich belastet.

Im traditionellen Jahreswechsel-Interview – der Präsident und Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering sind kurz vor Weihnachten bei der Rheinischen Post zum Redaktionsbesuch verabredet – bezeichnet Kirchhoff den Kohleausstieg im Jahr 2030 ohne neue Gaskraftwerke als „illusorisch“ und schiebt damit gleich zu Beginn des Jahres 2024 eine kontroverse energiepolitische Debatte im

Land an. Zudem fordert er eine gesellschaftspolitische Debatte über die Länge der Lebensarbeitszeit. Beide Themen werden zum Jahreswechsel auch von anderen Medien in NRW immer wieder aufgegriffen.

Klare Absage an die Rechte

Als im Januar 2024 Pläne von AfD-Politikern publik werden, wonach Menschen mit ausländischen Wurzeln aus Deutschland vertrieben werden sollen, positioniert sich Kirchhoff – im Verbund mit vielen CEOs in Nordrhein-Westfalen – ganz klar gegen rechts. „Wer Unsicherheit sät, Ängste schürt und auf Abschottung und Ausgrenzung setzt, wird auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land stoßen“, sagt Kirchhoff der WAZ. Ähnlich äußert er sich wenig später auch noch einmal gegenüber der Rheinischen Post und der Neuen Westfälischen.

Als die GDL im Januar Deutschland wiederholt mit massiven Warnstreiks überzieht, ruft dies Johannes Pöttering auf den Plan. Gegenüber der Rheinischen Post sagt er, der Streik sei „völlig unverhältnismäßig und überzogen“. Die Schäden für die Wirtschaft seien „immens“, wenn „Lieferketten für die Vorprodukte und fertige Produkte nicht transportiert werden und wenn Berufspendler nicht fahren können“. Die GDL gefährde mit der „kompromisslosen Haltung“ die Akzeptanz der Sozialpartnerschaft in Deutschland.

Enttäuschung über die Bundesregierung

In einem Gastbeitrag für den in Berlin erscheinenden Tagesspiegel holt Präsident Kirchhoff Ende Januar noch einmal zu einer Generalkritik an der Bundesregierung aus. „Wir erleben eine Regierung ohne Strategie. Wo sind die konkreten Konzepte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit? Wo sind die dringend notwendigen

Maßnahmen zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung? Und wo sind die belastbaren Weichenstellungen zur Bewältigung der Transformation?“, schreibt er in dem Leitmedium der Bundeshauptstadt.

Am 14. Februar lädt Kirchhoff zum traditionellen Aschermittwoch-Pressesgespräch in die Düsseldorfer Verbandszentrale ein. Zahlreiche Journalisten regionaler und überregionaler Medien sind anwesend, als der Präsident ein wirtschaftspolitisches Papier zur Europawahl im Juni vorstellt. „Nur mit einer starken Wirtschaft haben wir ein starkes Europa – und nur mit einem starken Europa haben wir auch eine starke Wirtschaft“, sagt er. Kirchhoff nutzt den Termin auch für landespolitische Botschaften. Die Landesregierung müsse endlich die bestehenden Landeshürden bei Planungs- und Genehmigungsverfahren abbauen, fordert er.

Am 27. Februar ist Kirchhoff in der CDU-Landtagsfraktion zu Gast. Nach dem Gespräch mit den Abgeordneten und den CDU-Mitgliedern der Landesregierung, in dem man sich über die schwierige Wirtschaftslage austauscht, tritt er gemeinsam mit Ministerpräsident Hendrik Wüst und Fraktionschef Thorsten Schick vor die Presse. Kirchhoff fordert die Landesregierung auf, für eine Tempoverschärfung in Berlin zu sorgen, insbesondere mit Blick auf die fehlenden Kapazitäten, die bei einem Kohleausstieg für 2030 erforderlich seien. Dies bekräftigt er am gleichen Tag auch noch einmal in einem Interview mit WDR 5.

Anfang März ist Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur zu Gast bei unternehmer nrw. Der Verband legt dabei die „Düsseldorfer Erklärung“ vor, ein industriepolitisches Papier, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, noch mehr Einsatz zur Stärkung der Industrie zu zeigen. Auch wenn zentrale Weichen im Bund gestellt würden, wird Präsident Kirchhoff anderntags in der Rheinischen Post und in der Westdeutschen Zeitung zitiert, lägen we-

sentliche Erfolgsfaktoren beim Land selbst – etwa in der Energiepolitik, bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, in der Infrastruktur- und Flächenpolitik sowie in der Fachkräftesicherung.

Flagge zeigen für Europawahl 2024

Die Verbandskommunikation der Landesvereinigung steht dann ganz im Zeichen der Europawahl: Am 12. März stellt Kirchhoff gemeinsam mit Prof. Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft in der Landespresskonferenz NRW eine von unternehmer nrw bei der IW Consult in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie zur Bedeutung der Europäischen Union für Nordrhein-Westfalen vor. Mit Blick auf die von der AfD aufgeworfene Forderung nach einem EU-Austritt Deutschlands warnen Kirchhoff und Bardt vor gravierenden wirtschaftspolitischen Folgen für NRW. „Ein Dexit würde fast 500.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen kosten“ – diese Schlagzeile ist anderntags flächendeckend in den Medien Nordrhein-Westfalens zu lesen.

Im April ruft der Vorstand der Landesvereinigung die Unternehmen im Land zu einer gemeinsamen Aktion „Flaggen zeigen für Europa“ auf. Daraufhin wehen vor zahlreichen Unternehmenszentralen in Nordrhein-Westfalen Europaflaggen. Anfang Mai stellen die Präsidenten des Westdeutschen Handwerkskammertags, von IHK NRW und unternehmer nrw eine gemeinsame Erklärung zur Europawahl vor der Landespresskonferenz NRW vor. Ebenfalls im Mai wirbt Präsident Kirchhoff gemeinsam mit der Vorsitzenden des Landesbezirks NRW des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Anja Weber, für ein geeintes, freiheitliches und demokratisches Europa. Und Ende Mai trifft sich Kirchhoff mit dem Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, Knut Giesler, zu einem europapolitischen Doppel-Interview mit der WAZ.



Westpol
spezial

Arndt Kirchhoff
Präsident Unternehmer NRW

Präsident Kirchhoff im Interview mit WDR-Westpol



Hauptgeschäftsführer Pöttering im Gespräch mit Journalisten



Präsident Kirchhoff im Gespräch mit Journalisten in der Landespressekonferenz



Redaktionsbesuch bei der Westdeutschen Zeitung



Johannes Pöttering
Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände NRW

WDR-Live-Schalte zum Unternehmertag



Hauptgeschäftsführer Pöttering im Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger



Stellv. Hauptgeschäftsführerin Nackmayr im Interview mit dem WDR



WDR 5

Präsident Kirchhoff im Interview mit WDR 5



Geschäftsführer Felsch im Interview mit SAT.1



Redaktionsbesuch bei der Rheinischen Post



tagesschau **Arndt Kirchhoff**
Präsident Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW

Interview mit der ARD-Tagesschau zum Unternehmertag

Fotos: unternehmer nrw, Orthen/Rheinische Post, Sondermann, Meyer

INTERVIEW Arndt G. Kirchhoff, Präsident von Unternehmer NRW, über dringende Bedarfe der NRW-Wirtschaft, aktuelle Kipppunkte und Kanzler Olaf Scholz

„Hier führt keiner!“

Das Interview führt Ulrike Leuchter und Dirk Taylor

NRW-Kirchhoff: Deutschland ist eine große Herausforderung für die Welt. Die Wirtschaft ist stagnierend, das Wachstum ist gering. Die Inflation ist hoch, die Energiepreise sind astronomisch. Die Menschen sind frustriert, die Politik ist unfähig, Lösungen zu finden. Die Wirtschaft wird weiter stagnieren, die Inflation wird weiter ansteigen. Die Energiepreise werden weiter hoch bleiben. Die Menschen werden weiter frustriert sein. Die Politik wird weiter unfähig sein, Lösungen zu finden. Die Wirtschaft wird weiter stagnieren, die Inflation wird weiter ansteigen. Die Energiepreise werden weiter hoch bleiben. Die Menschen werden weiter frustriert sein. Die Politik wird weiter unfähig sein, Lösungen zu finden.



Kirchhoff: Ich nehme wahr, dass Frau Borchers Verständnis hat, dass wir nicht die Lehren der Welt sein sollen. Die Welt muss sich ändern. Werte werden, aber auch akzeptiert, das ist nicht einfach. Es gibt nun viele unterschiedliche Systeme auf der Welt. Die Inflation ist ein Problem. Die Energiepreise sind ein Problem. Die Menschen sind frustriert. Die Politik ist unfähig, Lösungen zu finden. Die Wirtschaft wird weiter stagnieren, die Inflation wird weiter ansteigen. Die Energiepreise werden weiter hoch bleiben. Die Menschen werden weiter frustriert sein. Die Politik wird weiter unfähig sein, Lösungen zu finden.

Arndt G. Kirchhoff während eines Besuchs in der Redaktion in Wuppertal.

Arbeitsminister Robert Habeck kündigt, haben Sie danach Lösungen gesehen? Ich nicht.

Über Diskussionen mit CDU oder Bündnis 90/Grüne?

Wüst sendet vorsichtige Kooperationsignale an die Ampel

NRW-Ministerpräsident will in dramatischer Wirtschaftslage schnelle Investitionsanreize

Tobias Blasius
Düsseldorf. Angesichts der schlechten Vorlesung des Wirtschaftsstandorts NRW hat Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) vorsichtige Kooperationsignale an die Ampel-Koalition im Bund gesendet. „Unsere Aufgabe ist, Rahmenbedingungen zu verbessern - und zwar schnell“, sagte Wüst am Dienstag nach Beratungen in der CDU-Landeskonferenz mit NRW-Unternehmenspräsident Arndt Kirchhoff.

Wüst kündigte an, die Ampel-Koalition im Bund zu unterstützen. „Unsere Aufgabe ist, Rahmenbedingungen zu verbessern - und zwar schnell“, sagte Wüst am Dienstag nach Beratungen in der CDU-Landeskonferenz mit NRW-Unternehmenspräsident Arndt Kirchhoff.



Wüst kündigte an, die Ampel-Koalition im Bund zu unterstützen. „Unsere Aufgabe ist, Rahmenbedingungen zu verbessern - und zwar schnell“, sagte Wüst am Dienstag nach Beratungen in der CDU-Landeskonferenz mit NRW-Unternehmenspräsident Arndt Kirchhoff.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28. Februar 2024

„Deutschland ist in schlechter Verfassung“

Arbeitgeberpräsident von NRW warnt die Ampel

Unternehmer verlieren die Geduld und werfen der Bundesregierung „Durchlavieren“ vor. Wahlen im Herbst könnten „böses Erwachen“ bringen.

Von Arndt Kirchhoff, 26.01.2024, 12:42

Wirtschaft fordert Vertrauenssignale

Unternehmensverbände NRW: Ampel-Koalition in Berlin muss Kehrtwende einleiten

Tobias Blasius
Düsseldorf. Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen verlangen von der Ampel-Koalition im Bund, die richtigen Lehren aus der aktuellen Haushaltskrise zu ziehen, um in den verbleibenden Regierungsjahren bis 2025 die Kehrtwende zu schaffen. „Die nordrhein-westfälische Wirtschaft fordert von der Bundesregierung, die zweite Hälfte der Legislaturperiode konsequent für umfassendes Weichenstellungen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu nutzen“, sagte Arndt Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände „Unternehmer NRW“, dieser Zeitung.

Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen verlangen von der Ampel-Koalition im Bund, die richtigen Lehren aus der aktuellen Haushaltskrise zu ziehen, um in den verbleibenden Regierungsjahren bis 2025 die Kehrtwende zu schaffen.



Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen verlangen von der Ampel-Koalition im Bund, die richtigen Lehren aus der aktuellen Haushaltskrise zu ziehen, um in den verbleibenden Regierungsjahren bis 2025 die Kehrtwende zu schaffen.

„Dexit“ würde 490.000 Jobs in NRW kosten

Unternehmer-Präsident Kirchhoff warnt vor einem EU-Austritt. Hendrik Wüst sagt der AfD den Kampf an.

VON ANTJE HÖNING
DÜSSELDORF. Die Unternehmensverbände in NRW warnen eindringlich vor einem Austritt Deutschlands aus der EU, den AfD-Chefin Alice Weidel ins Spiel gebracht hat. „Ein Dexit würde für NRW einen Einbruch von mehr als fünf Prozent der Wirtschaftsleistung bedeuten und fast 490.000 Arbeitsplätze kosten“, warnt der Präsident von Unternehmer NRW, Arndt Kirchhoff, und verweist auf eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Die zeigt: NRW profitiert sowohl im Handel als auch in der Industrie deutlich mehr von der EU als Deutschland insgesamt. So gehen je 64 Prozent der Chemie-Exporte

Hubertus Bardt erklärt: Bei Metall-Exporten sind es sogar 68 Prozent. Zugleich erhält NRW 81 Prozent seiner Nahrungs- und Futtermittelleistungen aus EU-Staaten und 70 Prozent seiner Metalle. Die Studie zeigt auch, welche NRW-Region ein EU-Austritt besonders treffen würde: Leverkusen, wo Bayer, Covestro, Lanxess und andere Chemiestrategen sitzen. Insgesamt wären Rheinland und Südstfalen stärker vom Dexit betroffen als das Ruhrgebiet. AfD-Chefin Weidel hatte vor wenigen Wochen ein Referendum über den EU-Austritt nach dem Vorbild Großbritanniens angekündigt.



Kirchhoff bezeichnete Gedankenexperimente zum EU-Austritt als Himmelfahrtskommando. „Wer die EU-Integration rückgängig machen will, gefährdet nicht nur die Zukunft des Friedens- und Freiheitsprojekts Europa, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit des Kontinents im globalen Standortwettbewerb.“ Er warb drei Monate vor der Europawahl um „für eine leistungsfähigere europapolitische Debatte“. Mehr denn je komme es auf ein starkes Europa an. Man dürfe das Feld nicht den Europa-Gegnern überlassen.

Rheinische Post, 12. März 2024

Firmen besorgt wegen Energiesicherheit

Die NRW-Wirtschaft hält die Pläne für die Kraftwerksreserve des Bundes für illusorisch. Die Dimension reiche nicht aus, genauso wenig die Zeit für Planung, Genehmigung und Bau. Der Ausbau der Windkraft bereitet ebenfalls Probleme.

VON MARILYN BRUCK

Triebare Aussichten für die Wirtschaft

Unternehmensverbände sind besorgt über die Pläne für die Kraftwerksreserve des Bundes. Die Dimension reiche nicht aus, genauso wenig die Zeit für Planung, Genehmigung und Bau. Der Ausbau der Windkraft bereitet ebenfalls Probleme.

Rheinische Post, 15. Februar 2024

„Die Industrie im Land ist existenziell bedroht“

Der Chef des NRW-Arbeitsgeberverbandes, Johannes Pöttering, über Belastungen für die Unternehmen und eine Senkung der Strompreise

Johannes Pöttering, Chef des NRW-Arbeitsgeberverbandes, kritisiert die Energiepreise und die Situation der Unternehmen. „Die Industrie im Land ist existenziell bedroht“, sagte er am Donnerstag in Düsseldorf.



Die Industrie im Land ist existenziell bedroht, sagte Johannes Pöttering, Chef des NRW-Arbeitsgeberverbandes. Er kritisierte die hohen Energiepreise und die Auswirkungen auf die Unternehmen.

„Kohleausstieg 2030 ist illusorisch“

Präsident von Unternehmer NRW über die Notwendigkeit von Gaskraftwerken, die Herden bei der Bau, dem Wegfall der E-Auto-Prämie und die Höhe des Bürgergelds.



Der Kohleausstieg bis 2030 ist illusorisch, sagte Arndt Kirchhoff, Präsident von Unternehmer NRW. Er forderte die Erhaltung von Gaskraftwerken als Brückentechnologie.

Rheinische Post, 29. Dezember 2023

Konzernchefs gegen rechts

Unternehmensleitungen in NRW warnen eindringlich vor AfD. 13.000 bei Demo in Bochum

Ulfi Meinke und Stefan Schulte
Essen. Die Wirtschaftsverbände in NRW warnen vor einer AfD-Mehrheit in der Landesregierung. Die AfD würde die Interessen der Unternehmen gefährden.



Unternehmensleitungen in NRW warnen eindringlich vor AfD. Die AfD würde die Interessen der Unternehmen gefährden.

Streit über Arbeitszeit

Bahn und GDL haben sich auf eine 35-Stunden-Woche geeinigt. Unternehmer warnen, dass immer weniger Arbeit Standort und Wohlstand gefährdet.

Ulfi Meinke und Stefan Schulte
Düsseldorf. Die Arbeitgeberverbände in NRW warnen vor den Auswirkungen der 35-Stunden-Woche. Dies würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gefährden.



Die 35-Stunden-Woche wird die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gefährden, warnen die Arbeitgeberverbände.

„Sonst werden wir ein Naturschutzreservat“

Unternehmensverbände sorgen sich zunehmend um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas

GASTREITER Arndt Kirchhoff ist Präsident des Unternehmensverbands Nordrhein-Westfalen und sieht das Land vor gewaltigen Herausforderungen. „Sonst werden wir ein Naturschutzreservat“, sagt er.



Unternehmensverbände sorgen sich zunehmend um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas.

FAZ, 15. Februar 2024

„Das ‚Deutschlandtempo‘ muss jetzt der Maßstab sein

Die Bundesregierung muss die Wirtschaft stärken und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts verbessern.



Bildung als Schlüssel zur Transformation

- > Digitale Transformation als Querschnittsaufgabe
- > Lernen durch „Begreifen“
- > Betriebliche Weiterbildung bleibt Zukunftsbrücke



KI im Unterricht: Vortrag auf dem MINT-Tag NRW 2023. Foto: unternehmer nrw

Die digitale Transformation spiegelt sich schon seit Jahren in zahlreichen Angeboten und Projekten des Bildungswerks der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft (BWNRW) wider. Das BWNRW versteht diese als eine kontinuierliche Querschnittsaufgabe. Gleichzeitig sorgt das Bildungswerk dafür, dass grundlegende und weiterhin wichtige Bildungsangebote wie

etwa das Lernen durch „Begreifen“ nicht aus dem Blick geraten. Dies gilt insbesondere im Kontext von schulischer Bildung und beruflicher Orientierung, aber auch bei der arbeitsplatzorientierten Grundbildung und in der betrieblichen Weiterbildung insgesamt als Fundament der beruflichen Bildung.

KI in der Bildung: Schwerpunkt von SCHULEWIRTSCHAFT

Bei der Frühjahrstagung SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland referierten der MINT-Kooperationspartner des BWNRW, Prof. Dr. Ingo Witzke, Universität Siegen, sowie Dirk Werner vom IW und Stephanie Woessner vom Landesmedienzentrum Baden-Württemberg zu Themen wie Bildung, Ausbildung, digitale Transformation und dem Einsatz von KI in Schule und Wirtschaft. Eine wichtige Erkenntnis: Mit der gezielten Vernetzung von SCHULEWIRTSCHAFT NRW und anderen Kompetenzfeldern im BWNRW – etwa dem NETZWERK Q 4.0, Zukunftszentrum KI NRW oder dem Seminarbereich – sind wir in NRW gut aufgestellt für die (Mit-)Gestaltung der digitalen Transformation.



Frühjahrstagung SW Deutschland

KI im Unterricht: Auch ein Thema beim MINT-Tag NRW

Der Gastgeber für den MINT-Tag NRW 2023, das Gymnasium Adolfinum in Moers, konnte sich über 170 Teilnehmende freuen. Die Veranstalterinnen Beate Gathen und Heike Hunecke hatten mit Unterstützung aus den Netzwerken MINT SCHULE NRW und MINT-EC NRW ein vielfältiges Programm zusammengestellt. Die Themen der 22 Praxis-Workshops reichten von „Blühflächen auf dem Schulgelände“ über „MINT-Berufsorientierung im eigenen Haus“ bis hin zu Workshops zum Einsatz von KI im Unterricht.

MINT-Zertifikat: Nicht nur das Zeugnis zählt

SCHULEWIRTSCHAFT NRW organisierte im Mai in Kooperation mit dem NETZWERK Q 4.0 und dem Seminarbereich des BWNRW einen Auftakt-Workshop für Ausbildungsverantwortliche und MINT-Lehrkräfte: Ziel war es, die Expertise und das Praxis-Know-how beider Akteursgruppen zusammenzubringen, um ein Zertifikat zur Dokumentation der individuellen MINT-Bildungsaktivitäten zu entwickeln. Mithilfe dieses Zertifikats werden die Möglichkeiten der schulischen Bildung und die Anforderungen der beruflichen Ausbildung im MINT-Bereich inhaltlich und formal miteinander verzahnt. Das Projekt wird vom Ministerium für Schule und Bildung NRW unterstützt.

BERUFSPARCOURS: Klischeefrei unterwegs

In Kooperation mit METALL NRW, der Stiftung Talentmetropole Ruhr, der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und den regionalen Mitgliedsverbänden tourt das bewährte Format des BERUFSPARCOURS auch 2024 durch NRW. Dieses Angebot zur beruflichen Orientierung und Nachwuchssicherung lässt

sich erfolgreich für unterschiedliche Zielgruppen und im Kontext unterschiedlicher Örtlichkeiten umsetzen. Zwei Beispiele: Mit den VUV in Aachen konnte beispielsweise ein BERUFSPARCOURS mit mehrheitlich weiblichen Teilnehmenden realisiert werden. In Essen fand die Veranstaltung in Kooperation mit dem EUV und dem lokalen Verein Interkulturelle Assistenz in den Räumlichkeiten einer Kirche statt. Für eine gleichbleibende Qualität der Veranstaltungen sorgt das Team des Technikzentrums Minden-Lübbecke.

NETZWERK Q 4.0: Innovative Trainings für Ausbilderinnen und Ausbilder

Mit dem Ziel der Digitalisierung der Berufsausbildung ist das NETZWERK Q 4.0 im Jahr 2020 gestartet. Das Netzwerk aus 15 Bildungswerken der Wirtschaft und dem IW hat sich zu einem der größten Ausbildungsnetzwerke Deutschlands entwickelt. Bis heute wurden mehr als 425 innovative Q-4.0-Trainings für Ausbilderinnen und Ausbilder durchgeführt. So wurden über 4.740 Teilnehmende erreicht.



Heike Hunecke (Geschäftsführerin) und Wasilios Rodoniklis (Referent) bilden das neue Team SCHULEWIRTSCHAFT NRW



BERUFSPARCOURS in Aachen: Hohe Quote an weiblichen Teilnehmenden



Bildung sichert Fachkräfte

„Die Bildungsangebote und -projekte des BWNRW orientieren sich an den Bedarfen der Arbeitgeberverbände und der Unternehmen rund um das Thema Fachkräftesicherung. Die bildungs- und arbeitsmarktpolitische Positionierung der Arbeitgeberverbände in NRW ist dabei ein wichtiger Kompass für unsere Arbeit. Bewusst richten wir den Blick nach vorn: Demografie, Digitalisierung und Transformation stellen alle Akteure des Bildungssystems vor große Herausforderungen. Diese nehmen wir als Bildungswerk der Arbeitgeberverbände immer wieder aufs Neue an. Unsere aktuellen Projekte und Angebote sind hierfür ein deutliches Signal.“



Foto: Meyer

Holger Bentler
Vorsitzender des BWNRW und Leiter Ausbildung NRW sowie Leiter IT und Processes Siemens Berufsbildung

Aus: „Klartext im Westen“ vom 5. September 2023
www.wirtschaftsblog.nrw



Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT

Neben kostenfreien Angeboten gibt es weiterhin eine Fülle an hochwertigen Trainings zu Themen wie „KI in der Ausbildung“, „Additive Fertigung“, „Online-Berichtsheft“, „Lernvideos“. Mit dem „Zertifikat AUSBILDUNG 4.0“ haben Ausbilderinnen und Ausbilder zudem die Möglichkeit, zum Vorreiter im digitalen Wandel zu werden.

Zukunftszentrum KI NRW: Unterstützung bei der digitalen Transformation

Das Zukunftszentrum KI NRW, bestehend aus dem BWNRW, der agentur mark GmbH, der FernUniversität Hagen, der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW e.V. (TBS) und dem Zentrum für Innovation und Technik in NRW (ZENIT GmbH), zeichnet sich durch eine erfolgreiche sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit aus. Das Hauptziel des Zukunftszentrums ist die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie ihrer Beschäftigten bei der Bewältigung des digitalen Wandels.

Angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung, des Einsatzes von künstlicher Intelligenz, des demografischen Wandels und der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen bietet das Zukunftszentrum KI NRW den Betrieben auch in den nächsten Jahren kostenfreie und praxisnahe Beratungsleistungen sowie Weiterbildungsangebote an. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) sowie durch die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.

Agentur T NRW: Transformationsagentur für die M+E-Industrie geht an den Start

Das BWNRW ist seit Beginn des Jahres 2024 Träger der Agentur T NRW. Die Agentur geht auf eine Initiative der Sozialpartner in der nordrhein-westfälischen M+E-Industrie zurück: IG Metall und METALL NRW hatten sich im Rahmen des Tarifabschlusses 2021 auf die Gründung einer solchen gemeinsamen Einrichtung verständigt. Zentrale Aufgabe der paritätisch besetzten Agentur ist es, M+E-Betriebe und deren Beschäftigte in NRW bei der digitalen und ökologischen Transformation sozialpartnerschaftlich zu unterstützen. Das Projekt wird gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW. Am 24. April erfolgte in Düsseldorf der offizielle Startschuss vor rund 100 Gästen aus Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaft.



NETZWERK Q 4.0: Zertifikatsübergabe an Pascal Heimann (Ausbilder, Siemens Energy)



Zukunftszentrum ZuZ KI NRW beim DigiDay in Hagen

BWNRW optimiert Seminarangebot

Das BWNRW hat seine Angebote einem internen Strategieprozess unterzogen. Um den Bedarfen der Kunden noch besser gerecht zu werden, wurden kritische Prozesse im Seminarbereich identifiziert und „auf den Prüfstand gestellt“, um dann im Rahmen von Workshops Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten.

Eine kennzahlengestützte Optimierung des Angebots und eine noch bessere regionale Abdeckung sind nur zwei der angestrebten Ziele. Verwaltungsprozesse sollen weiter optimiert und auf ihre Eignung für die weitere digitale Transformation geprüft werden. Gemeinsames Ziel ist es, den Verbänden und Unternehmen vor Ort bei ihren Weiterbildungsbedarfen zur Seite zu stehen – und dies weiterhin zu einem guten Preis und bestmöglicher Qualität.

Betriebliche Weiterbildung als Zukunftsbrücke

Im März 2024 traf sich die wirtschaftsnahe Weiterbildungsszene zur Mitgliederversammlung des Wuppertaler Kreises e.V. in Berlin.

Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der BDA, berichtete über aktuelle Entwicklungen in der Bundesagentur für Arbeit. Dr. Dieter Dohmen, Direktor des FiBS Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, hielt einen inspirierenden Vortrag zum Thema „Lernen für die Arbeitswelt von morgen“. Einige seiner Thesen regten zum Nachdenken an: So könne die Generation Z keine Welt ohne Smartphones – das gesamte Leben laufe da digital. Die betriebliche Weiterbildung ist eine wichtige Zukunftsbrücke – braucht es daher vielleicht das „YouTube“ für die betriebliche Weiterbildung?

Arbeitsorientierte Grundbildung: Kompetenzen für eine Arbeitswelt im Wandel

Ausreichende Grundkompetenzen sind die Grundlage für die erfolgreiche Bewältigung aktueller Transformationsprozesse und die Anpassung an die Anforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt. Arbeitsorientierte Grundbildung (AoG) konzentriert sich sowohl auf das Erlernen grundlegender Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen als auch auf weitere Kompetenzen,



Foto: IW
Die Grundbildungsexperten des AlphaGrund-Netzwerks



Foto: WK
Vorstand und Geschäftsführung des Wuppertaler Kreises

die im modernen Arbeitsalltag benötigt werden. Dazu zählen digitale Kenntnisse, Problemlösungsfähigkeit sowie grundlegende Kommunikations- und Teamfähigkeiten. Diese sind auch an „einfacheren“ Arbeitsplätzen entscheidend, um den Übergang zu neuen Tätigkeitsfeldern und Arbeitsmethoden zu bewältigen.

Das Projekt „AlphaGrund vernetzt“ – gefördert durch das BMBF – bietet passgenaue und bedarfsorientierte Qualifizierungen insbesondere für an- und ungelernete Beschäftigte. Beispiele sind Themen wie „Fachsprache Deutsch“, „Schreib- und Formulierungshilfen für den Arbeitsalltag“, „Kommunikation im Team und mit den Kunden“, „Arbeitssicherheit im Betrieb verstehen“ oder „Digitale Grundlagen für die Arbeitswelt 4.0“. Durch den Einsatz von arbeitsplatzspezifischen Materialien kann das Erlernte direkt am Arbeitsplatz eingesetzt werden, was zu schnellen Lernerfolgen und einer hohen Motivation bei den Teilnehmenden führt.



Foto: Meyer
Kick-off-Veranstaltung Agentur T mit METALL-NRW-Präsident Kirchoff, IG-Metall-Betriebsleiter Giesler und Staatssekretär Heidmeier

UNTERNEHMER NRW IST VERTRETEN IN DER GERICHTSBARKEIT, IN DER SOZIALEN SELBSTVERWALTUNG UND IM ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK

AOK NordWest

- Organisations-, Finanz- und Grundsatzausschuss
- Markt- und Produktionsausschuss

AOK Rheinland/Hamburg

- Fachausschuss Versorgung
- Fachausschuss Grundsatzfragen
- Immobilienausschuss

Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse

- Widerspruchsausschuss
- Rentenausschuss

Berufsgenossenschaft Holz und Metall

- Vorstand
- Widerspruchsausschuss
- Finanzausschuss
- Mitglied im Landesverband West der DGUV

Verwaltungs-Berufs- genossenschaft (VBG)

- Rentenausschuss

Deutsche Renten- versicherung Bund

- Widerspruchsausschuss Bonn
- Widerspruchsausschuss Düsseldorf
- Widerspruchsausschuss Essen

Deutsche Renten- versicherung Rheinland

- Vorstand

Deutsche Renten- versicherung Westfalen

- Vertreterversammlung
- Widerspruchsausschuss

Landschaftsverband Rheinland, Inklusionsamt

- Widerspruchsausschuss
- Beratender Ausschuss zur Beschäftigung von behinderten Menschen
- Begleitgremium zur Umsetzung der „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA)“

Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Inklusions- amt Arbeit

- Begleitgremium zur Umsetzung der „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA)“

Landesozialgericht Nordrhein-Westfalen

- Tätigkeit als ehrenamtliche Richterinnen und Richter
- Ausschuss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter

Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW

- Arbeitsmarktpolitischer Beirat
- Arbeitsmarktpolitischer Ausschuss
- Widerspruchsausschuss
- Beirat „Integration von geflüchteten Menschen in Arbeit und Ausbildung“

Westdeutscher Rundfunk

- WDR-Rundfunkrat

Landesanstalt für Medien NRW

- Medienkommission

Präsidium

EHRENPRÄSIDENT
Horst-Werner Maier-Hunke

PRÄSIDENT
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt G. Kirchhoff
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der KIRCHHOFF Gruppe

VIZEPRÄSIDENTEN
Dr. Heike Denecke-Arnold
Mitglied des Vorstands
thyssenkrupp Steel Europe AG

Dipl.-Ing. Horst Gabriel
Geschäftsf. Gesellschafter
Ernst Ludwig Emde GmbH

Dr. Margarete Haase
Vorsitzende kölnmetall

Dr. Raymund Heiliger
Geschäftsführer
Vygon GmbH & Co. KG

Dipl.-Ök. Michael Kalthoff
Mitglied des Vorstands
RAG Aktiengesellschaft

Dipl.-Ing. Hans Christian Leonhards
Jakob Leonhards Söhne GmbH & Co. KG

Dr. Wilhelm von Moers
Geschäftsführer
Handelshof Management GmbH

Rüdiger Otto
A. Otto & Söhne GmbH & Co. KG

Dr. Dirk Spenner
Geschäftsf. Gesellschafter
Spenner GmbH & Co. KG

Thomas Wessel
Mitglied des Vorstands
Evonik Industries AG

Weitere Vorstandsmitglieder

Claudia Autenrieb
Dipl.-Ing. ETH Axel E. Barten
Holger Bentler
Dr. Daniel Böllhoff
Dr. Oliver Borgmeier
Dipl.-oec. Hans-Peter Breker
Thomas Buschmann
Friedrich Danne
Arndt Dung
Jürgen Fleischer
Dr. Patrick Giefers
Dr.-Ing. Rüdiger Kaspers
Sven Kramer
Martin Krengel
Ralf Kuhnert (Schatzmeister)
Dipl.-Ing Dipl.-Kfm. Ralf Langerbein
Katharina Van Meenen-Röhrig, MBA
Dr. Hans Moormann
Christian Muckenhaupt
Dipl.-Ök. Egbert Neuhaus
Dr. Paul Páez-Maletz
Dipl.-Kfm. Otto Plum
Johannes Pöttering
Philipp Schlüter
Dipl.-Ing. Hans-Helmuth Schmidt
Oliver Schoeller
Thomas Schulz
Dipl.-Ing. Daniel Strücker
Reinhard Tweer
Dr. Frank Weigand

Geschäftsstellen

unternehmer nrw
Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e. V.
Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4573-0 / Fax: 0211 4573-179
E-Mail: info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw

Büro Brüssel
Rue Marie de Bourgogne 58
B-1000 Brussels
Tel.: +32 2792-1054 / Fax: +32 2792-1010

REGIONALE VERBINDUNGSSTELLE VON UNTERNEHMER NRW BEI DEN BEZIRKSREGIERUNGEN:

Regionale Verbindungsstelle Arnsberg
Unternehmensverband
Westfalen Mitte e. V.
Arnsberg/Hamm
Goethestraße 28
59755 Arnsberg
Tel.: 02932 9718-0 / Fax: 02932 9718-12
E-Mail: info@uvwm.de
www.uvwm.de

Regionale Verbindungsstelle Detmold
Arbeitgeberverband Lippe e. V.
Ernest-Solvay-Weg 2
32760 Detmold
Tel.: 05231 9385-0 / Fax: 05231 9385-20
E-Mail: info@agv-lippe.de
www.agv-lippe.de

**Regionale Verbindungsstelle
Düsseldorf**
Unternehmerschaft Düsseldorf und
Umgebung e. V.
Achenbachstraße 28
40237 Düsseldorf
Tel.: 0211 66908-0 / Fax: 0211 66908-30
E-Mail: service@unternehmerschaft.de
www.unternehmerschaft.de

Regionale Verbindungsstelle Köln
 kölnmetall
Arbeitgeberverband der
Metall- und Elektroindustrie Köln e. V.
Herwarthstraße 18-20
50672 Köln
Tel.: 0221 57904-0 / Fax: 0221 57904-22
E-Mail: verband@koelnmetall.de
www.koelnmetall.de

Regionale Verbindungsstelle Münster
Verband Münsterländischer
Metallindustrieller e. V.
Haus Sentmaring 7
48151 Münster
Tel.: 0251 237788-0 / Fax: 0251 237788-9
E-Mail: vmm@vmm-muenster.de
www.vmm-muenster.de

Impressum

Herausgeber:
unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e. V.
© 2024

Redaktion: Tim Abendroth, Christine Ehrig (Projektleitung),
Hubertus Engemann

Redaktionsschluss: Mai 2024

Gestaltung und Produktion: IW Medien, Köln · Berlin

Druck: Warlich Druck Meckenheim

Titelseite: Stahlwerk von ThyssenKrupp in Duisburg.
Foto: uslatar – stock.adobe.com

Diese Publikation steht auch auf der Internetseite
www.unternehmer.nrw zum Download bereit.



Rohtoffe
Transporte
Produktion

g CO₂e
410
t/t Produkt

CO₂-Emissionen
reduziert

Hauptgeschäftsführung

Hauptgeschäftsführer

RA Johannes Pöttering

Tel.: 0211 4573-250

E-Mail: poettering@unternehmer.nrw

Sekretariat

Gabriela Brodeßer

Tel.: 0211 4573-289

E-Mail: brodesser@unternehmer.nrw

Sabine Kogst

Tel.: 0211 4573-287

E-Mail: kogst@unternehmer.nrw

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr

Stellvertretende

Hauptgeschäftsführerin

RA Dr. Axel Borchard

RA Max Breick

Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann

STABSSTELLE

VOLKSWIRTSCHAFT / STATISTIK

Taiki Murai M.Sc.

Tel.: 0211 4573-260

E-Mail: murai@unternehmer.nrw

Sekretariat

Katja Schlak

Tel.: 0211 4573-252

E-Mail: schlak@unternehmer.nrw

Politik

GRUNDSATZFRAGEN

Stellvertretende

Hauptgeschäftsführerin

Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr

Tel.: 0211 4573-259

E-Mail: nackmayr@unternehmer.nrw

Niklas Otto (studienbegleitend)

Tel.: 0211 4573-225

E-Mail: otto@unternehmer.nrw

WIRTSCHAFTS- UND

UMWELTPOLITIK, UMWELTRECHT

Geschäftsführer

Dipl.-Ök. Alexander Felsch

Tel.: 0211 4573-241

E-Mail: felsch@unternehmer.nrw

Ass. jur. Alexander Schüller

Tel.: 0211 4573-244

E-Mail: schueller@unternehmer.nrw

INTERNATIONALE SOZIALPOLITIK /

EUROPA / LEITUNG BÜRO BRÜSSEL

RAin Isabelle Oster

Tel.: 0211 4573-238

E-Mail: oster@unternehmer.nrw

BILDUNGS- UND

ARBEITSMARKTPOLITIK

Dipl.-Päd. Timm Helten-Hildwein

Tel.: 0211 4573-251

E-Mail: helten-hildwein@unternehmer.nrw

Dipl.-Kffr. Claudia Dunschen

Tel.: 0211 4573-220

E-Mail: dunschen@unternehmer.nrw

Sekretariat

Gabriela Brodeßer

Tel.: 0211 4573-289

E-Mail: brodesser@unternehmer.nrw

Birgit Heidrich

Tel.: 0211 4573-234

E-Mail: heidrich@unternehmer.nrw

Sabine Kogst

Tel.: 0211 4573-287

E-Mail: kogst@unternehmer.nrw

Tarif

Geschäftsführer

RA Max Breick

Mitglied der Hauptgeschäftsführung

Tel.: 0211 4573-253

E-Mail: breick@unternehmer.nrw

Geschäftsführerin

Ass. iur. Anne Wiersberg

Tel.: 0211 4573-208

E-Mail: wiersberg@unternehmer.nrw

RAin Maja Lau

Tel.: 0221 4573-205

E-Mail: lau@unternehmer.nrw

Sekretariat

Sylke Kristen

Tel.: 0211 4573-254

E-Mail: kristen@unternehmer.nrw

Britta Schuh

Tel.: 0211 4573-257

E-Mail: schuh@unternehmer.nrw

Fax: 0211 4573-209

ARBEITSWIRTSCHAFT /

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Dr. Mikko Börkircher

Tel.: 0211 4573-296

E-Mail: boerkircher@unternehmer.nrw

Dipl.-Psych. Axel Hofmann

Tel.: 0211 4573-228

E-Mail: hofmann@unternehmer.nrw

Kontakt

unternehmer nrw

Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Straße 58–62
40474 Düsseldorf

Postfach 30 06 43
40406 Düsseldorf

Telefon: 0211 4573-0

E-Mail: info@unternehmer.nrw

www.unternehmer.nrw

Recht

Geschäftsführer

RA Dr. Axel Borchard
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Tel.: 0211 4573-249
E-Mail: borchard@unternehmer.nrw

Geschäftsführer

RA Walter Korte
Tel.: 0211 4573-271
E-Mail: korte@unternehmer.nrw

RAin Dr. Iris Arnold

Tel.: 0211 4573-267
E-Mail: arnold@unternehmer.nrw

RAin Mara Meyer

Tel.: 0211 4573-235
E-Mail: meyer@unternehmer.nrw

Sekretariat

Susanne Dürhager
Tel.: 0211 4573-204
E-Mail: duerhager@unternehmer.nrw

Sonja Niekämper

Tel.: 0211 4573-270
E-Mail: niekaemper@unternehmer.nrw

Jennifer Schlüpner

Tel.: 0211 4573-261
E-Mail: schluepner@unternehmer.nrw

Kommunikation

Geschäftsführer

Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
Tel.: 0211 4573-233
E-Mail: engemann@unternehmer.nrw

Tim Abendroth M.A.

Tel.: 0211 4573-237
E-Mail: abendroth@unternehmer.nrw

Christine Ehrig M.A.

Tel.: 0211 4573-278
E-Mail: ehrig@unternehmer.nrw

Sekretariat

Elisabeth Hück
Tel.: 0211 4573-232
E-Mail: hueck@unternehmer.nrw

Antje Kiwitz

Tel.: 0211 4573-230
E-Mail: kiwitz@unternehmer.nrw

Finanzen / Verwaltung / Personal

Geschäftsführer

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Ankel
Tel.: 0211 4573-288
E-Mail: ankel@unternehmer.nrw

Sandra Dahlmann

Tel.: 0211 4573-273
E-Mail: dahlmann@unternehmer.nrw

Dorothee Seising-Brackmann

Tel.: 0211 4573-272
E-Mail: seising-brackmann@unternehmer.nrw

IT-ORGANISATION

Viktor Junemann

Tel.: 0211 4573-282
E-Mail: junemann@unternehmer.nrw

Peter Schulte-Zurhausen

Tel.: 0211 4573-283
E-Mail: schulte-zurhausen@unternehmer.nrw

Kevin Wohlgemuth

Tel.: 0211 4573-281
E-Mail: wohlgemuth@unternehmer.nrw

EMPFANG

Sandra Plennies

Tel.: 0211 4573-215
E-Mail: empfang@unternehmer.nrw

BILDUNGSWERK NRW

Geschäftsführer

Dr. rer. oec. Peter Janßen
Tel.: 0211 4573-245
E-Mail: janssen@unternehmer.nrw

Dr. Heike Hunecke

Stellvertretende Geschäftsführerin und
Leitung des Kompetenzfelds „SCHULE-
WIRTSCHAFT/Netzwerkaktivitäten“
Tel.: 0211 4573-239
E-Mail: hunecke@unternehmer.nrw

Lisa Wienstroer M.Sc.

Mitglied der Geschäftsführung und
Leitung des Kompetenzfelds
„Berufliche und Betriebliche Bildung/
Bildungsangebote“
Tel.: 0211 4573-242
E-Mail: wienstroer@unternehmer.nrw

Dipl.-Kffr. Suzana Rieke

Leitung des Kompetenzfelds
„Drittmittelfinanzierte Modellprojekte“
Tel.: 0211 4573-224
E-Mail: rieke@unternehmer.nrw

Miriam Becker M.A.

Tel.: 0211 4573-229
E-Mail: becker@unternehmer.nrw

Adam Golik M.A.

Tel.: 0211 4573-269
E-Mail: golik@unternehmer.nrw

Roman Kehr

Tel.: 02371 8291-958
E-Mail: kehr@unternehmer.nrw

Elena Keuchel M.Sc.

Tel.: 0211 4573-217
E-Mail: keuchel@unternehmer.nrw

Uta Kressin

Tel.: 02371 8291-957
E-Mail: kressin@unternehmer.nrw

Silvia Maier B.A.

Tel.: 0211 4573-262
E-Mail: maier@unternehmer.nrw

Anne von Moers M.A.

Tel.: 0211 4573-277
E-Mail: vonmoers@unternehmer.nrw

Anna-Lena Wachholz M.A.

Tel.: 0211 4573-265
E-Mail: wachholz@unternehmer.nrw

Isabelle Wanders M.A.

Tel.: 0211 4573-263
E-Mail: wanders@unternehmer.nrw

Sekretariat

Gabriele Pongratz

Tel.: 0211 4573-248
E-Mail: pongratz@unternehmer.nrw

Angela Schmidt

Tel.: 0211 4573-246
E-Mail: schmidt@unternehmer.nrw

Daniela Triestram

Tel.: 0211 4573-285
E-Mail: triestram@unternehmer.nrw

Christine Westerhuis

Tel.: 0211 4573-255
E-Mail: christine.westerhuis@unternehmer.nrw

Dr. Wasilios Rodoniklis

Tel.: 0211 4573-264
E-Mail: rodoniklis@unternehmer.nrw



Du hast repostet

FAZ Wirtschaft @FAZ_Wirtschaft · 14. Feb.

Die Unternehmerverbände Nordrhein-Westfalens sorgen sich zunehmend um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas. Der Ton gegen die Politik wird rauer. Gleichzeitig warnt ihr Präsident vor einer „destruktiven Protestwahl“.



unternehmer nrw
2.047 Follower:innen
1 Monat ·

Das #Wachstumschancengesetz kommt: Eine gute Nachricht, auch für die Unternehmen in NRW!

#Wachstumschancengesetz

Der heutige Tag muss der Auftakt eines echten wirtschaftspolitischen Kurswechsels sein.

Johannes Pöttering
Hauptgeschäftsführer



unternehmer nrw
2.047 Follower:innen
2 Monate ·

„Ich begrüße ausdrücklich die Ankündigung der FDP-Bundesminister Christian Lindner und Marco Buschmann, der geplanten EU-Lieferkettenrichtlinie nicht zuzustimmen“, erklärt **Arndt G. Kirchhoff**, Präsident von **unterneh** ... mehr anzeigen

#EULieferkettenrichtlinie

Schon das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz hat viele Betriebe an den Rand der Verzweiflung gebracht.

Arndt G. Kirchhoff



AlphaGrund
Blitz für den Arbeitsplatz

PODCAST
AlphaGrund Folge #8 und #9



unternehmer nrw
2.047 Follower:innen
3 Monate · Bearbeitet ·

Kooperation von Wirtschaft und Schule bietet viele Chancen

Dieses und weitere Themen waren zentrale Punkte beim Austausch mit der Ministerin für Schule und Bildung NRW, Dorothee Feller, in der Vo ... mehr anzeigen

unternehmer nrw
Landesregierung der Unternehmerverbände Nordrhein-Westfa



Arndt G. Kirchhoff und 21 weitere Personen

unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 29. Aug. 2023

#NRWirtschaftSichertFachkräfte: Erfolgsbeispiel #Teilzeitberufsausbildung der Unternehmenschiff Niederrhein. Mia Gräter macht #Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement in Teilzeit & kann so Familie & Beruf vereinbaren.

Integration in #Arbeitsmarkt
tinyurl.com/2y3ml16g



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 31. Aug. 2023

#Fachkräftesicherung wichtiges Thema auch beim Maschinenaufbauunternehmen #Ohmman in Mönheese. „Mitarbeiter:innen muss auf jede einzelne Person abgestimmt sein - aufgrund unterschiedlicher Bedürfnisse“

z.B. durch Vereinbarkeit von Familie & Beruf
#NRWirtschaftSichertFachkräfte



unternehmer nrw
2.047 Follower:innen
3 Monate · Bearbeitet ·

Präsident **Arndt G. Kirchhoff** zum Erstarren des Rechtsextremismus: „Die Umfragewerte der Rechtspopulisten der letzten Monate können uns nicht unberührt lassen.“ ... mehr anzeigen

unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 6. März

Industriepolitisches Spitzengespräch
Intensiver Austausch mit #WirtschaftNRW -Ministerin @MonaNeubaur über Industriepolitische Agenda der Landesregierung. NRW-Unternehmensverbände fordern Landespolitik auf, noch mehr zu tun, um den #Industriestandort NRW zu stärken!



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 27. Feb.

Gespräch des Präsidenten mit @CDUNRW_Fraktion: Austausch zu #Politik & #Wirtschaft wichtiger denn je. Wirtschaft. Lage sehr ernst. #Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts NRW jetzt stärken. Und: Unternehmen brauchen schnell spürbare Entlastungen!

@HendrikWuest @TotoSchick



Unsere Position ist glasklar: Unsere Werte heißen Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte.

Arndt G. Kirchhoff
Präsident unternehmer nrw



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 15. Dez. 2023

Präsident Kirchhoff heute auf #PK mit @BA_NRW und @DGBNRW: #Arbeitsmarkt robust dank Engagement der Unternehmen. Aber: Lage ernst, Politik muss nun Weichen für #Wettbewerbsfähigkeit stellen. Der Nur mit einer starken Wirtschaft haben wir auch einen stabilen Arbeitsmarkt!

Bundesagentur für Arbeit in NRW @BA_NRW · 15. Dez. 2023
Antwort an @BA_NRW

Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 22. Dez. 2023

Mehr als 100.000 Leser in 7 Jahren #NRWirtschaftsblog
In diesem Jahr bedanken wir uns bei 32 Autoren, die 2023 unseren #Blog mit spannenden Beiträgen zu #Energiepolitik, #Fachkräftemangel, #Arbeitsrecht & zur wirtschaftspolit. Lage unterstützt haben!

wirtschaftsblog.nrw

Wir danken unseren Autoren des Jahres 2023

KLARTEXT IM WESTEN
Der NRW-Veranstaltung



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 15. Nov. 2023

Ausschuss für Personal- & #Bildungspolitik von @unternehmer_nrw: @A_Pluenecke zeigt mit #insm-Bildungsmonitor, wo #NRW in #Bildung aufholen muss.

@Q40_NRW sorgt für digitale #Weiterbildung von Ausbilder:innen.
Gemeinsamer Austausch: Best-Practice-Bispiele im Fokus.



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 12. März

IW-Studie zur wirtschaftlichen Bedeutung Europas für NRW
@unternehmer_nrw-Präsident Arndt Kirchhoff & Prof. Dr. @H_Bardt, Geschäftsführer @Iw_koeln, präsentieren vor #Landespressekonferenz in @Landtag_NRW die Ergebnisse der Studie "NRW: Stark durch die EU".
#NRWirtschaftFürEuropa

LANDESPRESSEKONFERENZ NRW



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 1. Sep. 2023

#NRWirtschaftSichertFachkräfte: "Ganz wichtig ist, dass wir auch einen Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland haben." Die FS Gastro Group aus Duisburg bietet Mitarbeiter:innen u.a. Mitarbeiterhaus & enge Begleitung durch Patenschaften an.

Gelebe #Willkommenskultur
@DEHOGA_NRW



unternehmer nrw @unternehmer_nrw · 13. März

„Wer #EU-Integration rückgängig machen will, gefährdet Zukunft des Friedens- & Freiheitsprojekts #Europa & Konkurrenzfähigkeit des Kontinents im globalen Standortwettbewerb“, mahnt Präsident Kirchhoff. Mehr denn je komme es auf starkes Europa an. @rponline

Hendrik Wüst und Unternehmer warnen vor AfD. Flüchtlings-Dixit würde 490.000 J...

Von rponline.de





Vorstandsreise nach Berlin mit Carsten Linnemann (CDU)



Zukunftsdilog Industrie



Vorstandsreise nach Berlin mit Felix Banaszak (Grüne)



Außenwirtschaftsbeirat der Landesregierung



Landesvereinigung der Unternehmensverbände

GF-Konferenz mit dem Leiter von KI.NRW, Christian Temath



Podcast mit dem Leiter des IW-Hauptstadtbüros, Knut Bergmann



Vorstandsreise nach Berlin mit dem Journalisten Jörg Thadeusz



Vorstandsreise nach Berlin mit Armin Laschet (CDU)



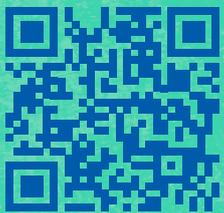
Präsident Kirchhoff bei der Westfälischen Friedenskonferenz



Präsident Kirchhoff auf dem Deutschen Arbeitgebertag 2023

Fotos: unternehmer nrw, MWIKE, BDA, Wirtschaftliche Gesellschaft

#NRWirtschaftFürEuropa



#NRWirtschaftFürEuropa – so positionieren sich Unternehmen und Verbände aus Nordrhein-Westfalen zur Bedeutung der Europawahl für die Zukunft unseres Kontinents. Mit Video-Statements, Blog-Beiträgen und der Aktion „Flagge zeigen“ setzen sie sichtbare Zeichen für ein vereintes und starkes Europa.

